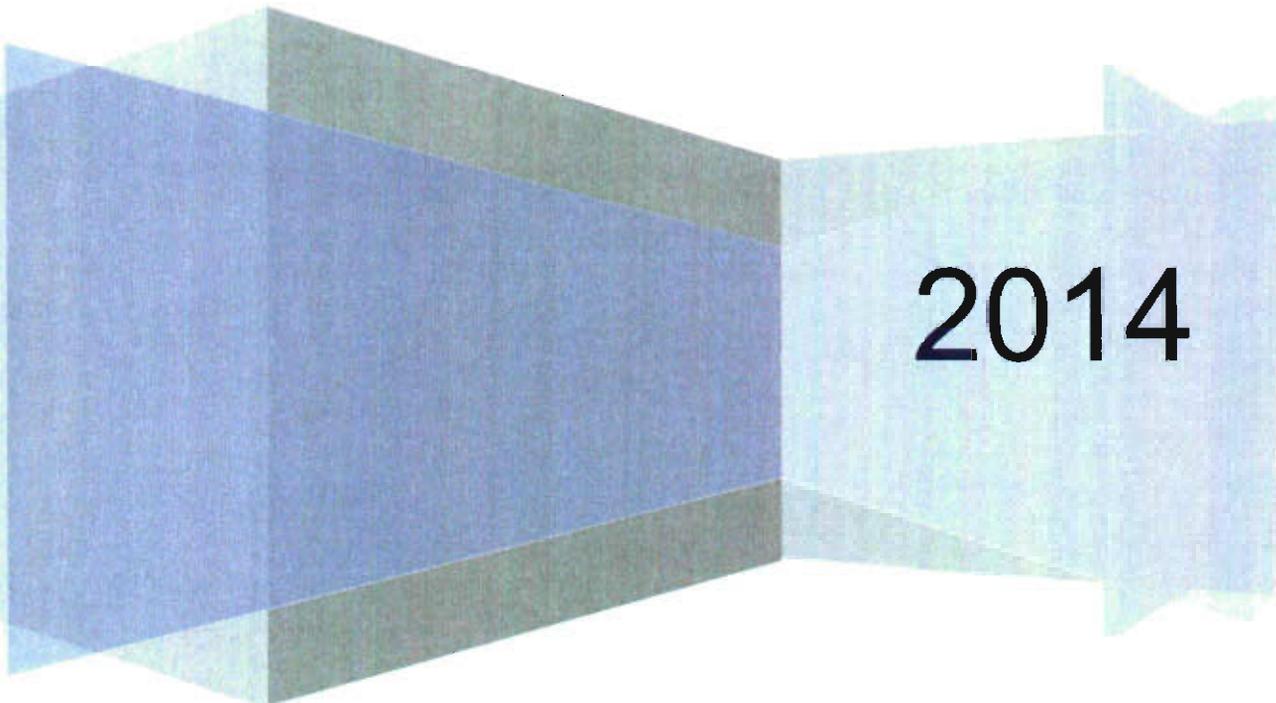


# Nationales Reformprogramm

Österreich  
Bundeskanzleramt



2014

## Inhalt

1. Einleitung .....	2
2. Länderspezifische Empfehlungen .....	3
3. Nationale Europa-2020 Ziele .....	14
4. Zusätzliche Maßnahmen .....	26
5. Institutionelle Aspekte .....	28

## Annex 1

Tabelle 1 Reporting table for the assessment of CSRs and key macro-structural reforms

Tabelle 2 Reporting table on national Europe 2020 targets

Tabelle 3 Reporting on main reform plans for the next 12 months

## Annex 2

Tabelle 1 Beschreibung der ergriffenen Maßnahmen und Angaben zu ihren qualitativen Auswirkungen

Tabelle 2 Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Europa-2020-Ziele

## 1. Einleitung

Im Zentrum des Europäischen Semesters 2014 steht die Absicherung der wirtschaftlichen Erholung durch eine konsequente Reformumsetzung. Die Rahmenbedingungen sind günstig, wie auch die Winterprognose der Europäischen Kommission bestätigt.

Im Jahreswachstumsbericht 2014 sieht die Europäische Kommission eine allmähliche Erholung des Wachstums. Sie unterstreicht, dass die Mitgliedstaaten bei der Korrektur der Ungleichgewichte, die sich vor der Krise entwickelt hatten, Fortschritte erzielt haben. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die Europäische Kommission um Kontinuität in der Reformagenda und schlägt deshalb vor, die Prioritäten für 2014 unverändert beizubehalten:

- Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und die Zukunft
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise
- Modernisierung der Verwaltungen

In diesem Sinne setzt Österreich die Strategie der wachstumsfreundlichen Budgetkonsolidierung mit einem ausgewogenen Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen fort. Dabei wird darauf geachtet, dass neben der Konsolidierung weiterhin die Stärkung eines innovativen, nachhaltigen, sozialverträglichen Wachstums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortqualität Österreichs Rechnung getragen wird. Im Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung 2013-2018 wurde die strategische Grundausrichtung für die aktuelle Legislaturperiode festgelegt. Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- Solide Staatsfinanzen mit einem ausgeglichenen Haushalt und einem strukturell ausgeglichenen Haushalt ab 2016
- Wachstumspakt zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung
- beste Ausbildung für Kinder und Jugendliche
- Absicherung des Sozialstaates und Generationengerechtigkeit
- Sparsame Verwaltung
- mehr Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität, Förderung von Wirtschaft und kreativem Unternehmertum

Österreich bekennt sich zu einer nachhaltigen Umweltpolitik. Ökosoziales Handeln ermöglicht wirtschaftliche Nachhaltigkeit, verbessert die Lebensqualität, verringert die Belastung durch Schadstoffe und Lärm, erhält biologische Vielfalt, baut erneuerbare Energie aus, steigert die Energie- und Ressourceneffizienz und trägt mithilfe von Green Jobs zum Wachstum bei.

Ziele der Energiepolitik sind ein effizientes, leistbares und sozial verträgliches Energiesystem, das Versorgungssicherheit, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und eine lebenswerte Umwelt garantiert.

Wegen der Nationalratswahlen Ende September 2013 und der im Dezember 2013 abgeschlossenen Regierungsbildung wird das Budget 2014 am 29. April vorgelegt. Aufgrund knapper Fristen werden das Nationale Reformprogramm 2014 und das Stabilitätsprogramm 2013-2018 heuer nicht zeitgleich übermittelt. Für das vorliegende Nationale Reformprogramm bedeutet dies allerdings, dass über budgetäre Verbindlichkeiten geplanter Reformmaßnahmen noch keine Aussagen getroffen werden können. Die entsprechenden Informationen und das makroökonomische Szenario werden im Stabilitätsprogramm 2013-2018 dargestellt.

## 2. Länderspezifische Empfehlungen

Im Europäischen Semester werden die prozeduralen Abläufe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Europa-2020-Strategie zeitlich angeglichen. Das bedeutet, dass auch die Beurteilung der nationalen Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme sowie der Nationalen Reformprogramme unter Beibehaltung der jeweiligen rechtlichen Grundlagen zeitgleich erfolgt. Die Länderspezifischen Empfehlungen werden auf Grundlage der Art. 121 und 148 AEUV in einem einzigen Dokument verabschiedet und geben die wirtschafts- und fiskalpolitischen Orientierungen vor. Die Länderspezifischen Empfehlungen stellen darüber hinaus auch die Ausgangsbasis für allfällige weitere Schritte im Rahmen der Überwachung der makroökonomischen Ungleichgewichte dar.

Nach Übermittlung des Nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms im April 2013 wurden beide Programme einer Bewertung unterzogen. Auf Basis dieser Bewertung hat die Europäische Kommission für Österreich insgesamt 7 Länderspezifische Empfehlungen vorgeschlagen, welche nach umfassenden Erörterungen in den Ausschüssen<sup>1</sup> und Fachministerräten vom Europäischen Rat gebilligt und schlussendlich am 9. Juli 2013 vom Rat bestätigt wurden<sup>2</sup>.

### Länderspezifische Empfehlung Nr. 1<sup>3</sup>

*„... den Haushalt für 2013 wie geplant umsetzt, so dass das übermäßige Defizit auf nachhaltige Weise korrigiert wird und die in den Empfehlungen des Rates im Rahmen des Defizitverfahrens spezifizierte durchschnittliche jährliche strukturelle Haushaltsanpassung erreicht wird; nach der Korrektur des übermäßigen Defizits in geeignetem Tempo strukturelle Anpassungsanstrengungen unternimmt, um das mittelfristige Haushaltsziel bis 2015 zu erreichen; die Finanzbeziehungen zwischen unterschiedlichen Regierungsebenen strafft, indem z.B. der organisatorische Aufbau vereinfacht wird und die Zuständigkeiten für Ausgaben und Finanzbeziehung aneinander angepasst werden;“*

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu stabilen und nachhaltigen öffentlichen Finanzen, sichergestellt durch die nationale Schuldenbremse. Gleichzeitig soll der Konsolidierungskurs auch die Wachstumskräfte stärken.

Dazu wird aktuell über Offensivmaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Wissensbasierung für die Jahre 2014 und 2015 verhandelt.

Rechtlich wird der Pfad zunächst durch das Budget 2014/15 (Beschluss im Mai/Juni 2014) und mittelfristig durch den Bundesfinanzrahmen 2015 – 2018 (Beschluss im Mai/Juni 2014) unterstützt. Institutionell trägt auch der mit Ende 2013 eingerichtete Fiskalrat zu mehr Budgetdisziplin bei.

Um die Konsolidierung voranzutreiben, wurde in einem ersten Schritt am 24. Februar 2014 ein umfassendes Steuerpaket (Abgabenänderungsgesetz 2014) vom Nationalrat beschlossen. Über die darin vorgesehenen Maßnahmen werden Steuerlücken geschlossen, verzerrende Ausnahmeregelungen abgeschafft und die Lenkungswirkung erhöht. Insgesamt werden jährliche Nettoeinnahmen von 0,7 (2014) bzw. 1-1,2 Mrd. Euro (2015 ff.) erwartet.

<sup>1</sup> In der Regel bereiten der Sozialschutzausschuss (SPC, Social Protection Committee), der Beschäftigungspolitische Ausschuss (EMCO, Employment Committee), der Wirtschaftspolitische Ausschuss (EPC, Economic Policy Committee) und der Wirtschafts- und Finanzpolitische Ausschuss (EFC, Economic and Financial Committee) die Tagungen der Fachministerräte vor.

<sup>2</sup> Empfehlungen des Rates vom 9. Juli 2013 zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2013 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs für die Jahre 2012 bis 2017, Amtsblatt der Europäischen Union (2013/C 217/01)

<sup>3</sup> Details zur erwarteten Entwicklung des Bundeshaushaltes und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind der Fortschreibung des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2013 bis 2018 zu entnehmen.

Diese Mehrbelastung wurde ausgewogen und zielorientiert auf Haushalte, Unternehmen und Finanzinstitute verteilt.

Ausgabenseitig wurde Anfang 2014 eine Kürzung der Ermessensausgaben der Ministerien von rund 500 Mio. Euro beschlossen. Auch die Verwaltungsreform wird weiter vorangetrieben, eine gebietskörperschaftsübergreifende Arbeitsgruppe identifiziert bis Ende 2014 Effizienzpotenziale und geeignete Maßnahmen.

Um präzise wirtschaftliche Impulse zu setzen, wurde am 26. März 2014 vom Nationalrat ein Handwerkerbonus beschlossen. Regulär vergebene Arbeitsaufträge werden damit bis zu 600 Euro pro Jahr und Antragsteller gefördert. Mit insgesamt 30 Mio. Euro für die Jahre 2014/15 werden über dieses Anreizsystem die Schattenwirtschaft bekämpft und damit Steuerrückflüsse und Sozialversicherungsabgaben abgesichert.

Um die Finanzbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Regierungsebenen zu straffen und den organisatorischen Aufbau zu vereinfachen wurden im Bereich der Schulverwaltung Kompetenzbereinigungen umgesetzt. Zur Verbesserung der Finanzgebarung in den Ländern und im Bund wurden Verhandlungen über ein bundesweites Spekulationsverbot geführt. In den Bundesländern erfolgt bereits die Umsetzung dieser Zielsetzung. Die Länder Salzburg, Tirol und Wien beispielweise haben zur Sicherstellung einer risikoaversen Finanzgebarung ein Spekulationsverbot erlassen. Auch in Niederösterreich und Vorarlberg wurde die risikoaverse Finanzgebarung bereits gesetzlich vorgeschrieben. Im Bundesland Steiermark wurde im Zuge der legislativen Umsetzung der Haushaltsreform die risikoaverse Finanzgebarung gesetzlich festgeschrieben. Weitere Beispiele sind Haushaltsrechtsreformen in Kärnten und dem Burgenland sowie Verwaltungs- und Gemeindestrukturereformen in der Steiermark. Weitere Detailinformationen finden sich in Annex 2, Tabelle 1.

Im Rahmen der Neustrukturierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit wurden per 1. Jänner 2014 wesentliche Kompetenzbündelungen vorgenommen, die zum einen Verfahrensbeschleunigungen und Verbesserungen des Rechtsschutzes mit sich bringen. Kernstück der Reform ist die Abschaffung des administrativen Instanzenzuges an dessen Stelle eine zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit tritt. Gleichzeitig werden 120 Sonderbehörden auf Bundes- und Landesebene aufgelöst. Eine weitere Strukturbereinigung erfolgte im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts. Mit der Schaffung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurden die Kompetenzen von 194 Behörden in einem Amt gebündelt. Im Bereich der Schulverwaltung wird mit der Abschaffung der Bezirksschulräte und den dazugehörigen Kollegien eine Verwaltungsebene eingespart. Mit dem Unternehmensserviceportal (USP) wurde ein One-Stop-Portal geschaffen, das für Unternehmen einen zentralen Zugang zu Informations- und Transaktionsservices der österreichischen Verwaltung bietet. Im Vollausbau soll das USP als elektronische Schnittstelle zwischen Unternehmen und Verwaltung eine wesentliche Prozessunterstützung bei der Vermeidung von Doppel- und Mehrfachmeldungen leisten. Ein weiteres Reformelement ist die Transparenzdatenbank, welche seit Juni 2013 in einer ersten Ausbaustufe zur Verfügung steht. Im Vollausbau soll das Transparenzportal Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Informationen über das gesamte Leistungsangebot von Bund, Ländern und Gemeinden in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, wie z.B. Bildung, Arbeit, Familie, Gesundheit, Wohnen, Umwelt zur Verfügung stellen. Mit dieser modernen E-Government-Anwendung werden Förderungen und Transferzahlungen mit Hinblick auf ein effizientes Förderwesen systematisiert. Im Gesundheitsbereich wurde die Ausgaben- und Aufgabenreform samt Kostendämpfung im Oktober 2013 gesetzlich verankert.

#### **Maßnahmen des Abgabenänderungsgesetzes 2014:**

- die Bankenabgabe wird unter Beibehaltung des derzeitigen Aufkommens auf die Bemessungsgrundlage Bilanzsumme umgestellt, der Satz für den Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe wird gleichzeitig auf 45 % erhöht

- Abschaffung der Gesellschaftssteuer ab 01.01.2016
- (im Zuge einer Novelle der Sachbezugsverordnung)Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von „Golden Handshakes“
- die Solidarabgabe wird verlängert, damit besonders einkommensstarke Gruppen auch in Zukunft einen gerechten Beitrag leisten
- die Absetzbarkeit von Jahreseinkommensanteilen über 500.000 Euro auf Ebene des Betriebes bzw. der Körperschaft soll nicht mehr abzugsfähig sein
- Automatische Nachversteuerung von Verlusten ausländischer Betriebsstätten nach Ablauf von drei Jahren, wenn mit dem Betriebsstättenstaat keine umfassende Amtshilfe besteht
- im EStG wird die Verlustvortragsgrenze bei natürlichen Personen von 75% auf 100% angepasst.
- Anpassung des Kreises der begünstigten Spendenempfänger an EU Vorgaben
- Umstellung der Rückstellungsbewertung auf UGB-konformes Abzinsungsmodell mit einem fixen Zinssatz von 3,5 % über die tatsächliche Laufzeit. Die gewinnerhöhende Auflösung bestehender (Alt-)Rückstellungen wird auf die folgenden drei Jahre gleichmäßig verteilt
- der investitionsbedingte Gewinnfreibetrag soll auf Realinvestitionen, die wachstums- und beschäftigungsfördernd wirken, und Wohnbauanleihen eingeschränkt werden. Zu Evaluierungszwecken wird die Maßnahme bis 2016 befristet
- damit in Zukunft auch Nicht-EU-BürgerInnen mit Zinsen aus inländischen Quellen kapitalertragssteuerpflichtig sind, wird die beschränkte Steuerpflicht im EStG entsprechend erweitert
- die Gruppenbesteuerung wird räumlich auf EU und Drittstaaten mit umfassender Amtshilfe beschränkt, die Firmenwertabschreibung wird für Neuanschaffungen abgeschafft und die Abzugsfähigkeit von ausländischen Verlusten wird mit 75 % des österreichischen Gewinns beschränkt.
- Abzugsverbot für konzerninterne Zinsen und Lizenzzahlungen, wenn keine angemessene Besteuerung im Empfängerland sichergestellt ist
- Versicherungswirtschaft: Reduzierung von Einmaleralägen für ab 50-Jährige von 15 auf 10 Jahre Mindestlaufzeit
- Erhöhung der Wertschwelle zur Ausstellung von Kleinbetragsrechnungen in der Umsatzsteuer
- Neugestaltung des NoVA-Tarifs sowie des Tarifs der Versicherungssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer
- Anhebung der Steuersätze im Schaumweinsteuergesetz und für alkoholische Getränke im Alkoholsteuergesetz um 20%
- Anpassung und Umstrukturierung der Tabaksteuersätze auf Zigaretten und Feinschnitttabake und befristete Einführung einer verminderten maximalen Importmenge aus bestimmten Ländern
- Ausweitung des Austausches zwischen den Finanzverwaltungen und Sozialversicherungsträgern
- Änderungen des Kataloges von Glücksspielen im Glücksspielgesetz

## Länderspezifische Empfehlung Nr. 2

*„... die Harmonisierung des Pensions- bzw. Rentenalters von Frauen und Männern zeitlich vorzieht, das tatsächliche Pensions- bzw. Rentenalter durch eine Anpassung des Pensions- bzw. Rentenalters oder der Pensions- und Rentenansprüche an die Veränderung der Lebenserwartung anhebt, die neuen Reformen zur Beschränkung der Inanspruchnahme von Frühpensionsregelungen umsetzt und überwacht und die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer weiter verbessert, um das tatsächliche Pensionsantrittsalter und die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer anzuheben;“*

Gegenwärtig liegt das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Männer bei 65 Jahren und für Frauen bei 60 Jahren. Aus Sicht der Europäischen Kommission würde ein einheitliches gesetzliches Pensionsantrittsalter für beide Geschlechter für ein gerechteres und nachhaltigeres Pensionssystem sorgen. Entsprechend der derzeit geltenden und verfassungsrechtlich verankerten Gesetzeslage wird das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen ab dem 1. Jänner 2024 jährlich um 6 Monate erhöht werden. Im Jahr 2033 wird die Angleichung abgeschlossen sein und das Antrittsalter für die reguläre Alterspension für Frauen wird bei 65 Jahren liegen. Ein Vorziehen der Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen an jenes der Männer ist derzeit nicht vorgesehen. Die gegenwärtige Zielsetzung stellt darauf ab, die Lücke zwischen faktischem und gesetzlichem Pensionsalter zu reduzieren.

Viele der im Rahmen des Konsolidierungspakets II<sup>4</sup> im Jahr 2012 beschlossenen Maßnahmen stellen u.a. auf eine sukzessive Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters ab. Mit der Invaliditätspension Neu (IP Neu)<sup>5</sup>, welche seit 1. Jänner 2014 für alle Personen gilt, die an diesem Stichtag jünger als 50 Jahre sind, wird eine nachhaltige (Re-)Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in den Arbeitsmarkt mittels medizinischer und beruflicher Rehabilitation angestrebt. Eine unbefristete Invaliditätspension gibt es nur mehr für Personen, die dauerhaft invalid sind. Das im Herbst 2012 gestartete Projekt „Invalidität im Wandel 2“ entwickelte das Thema „Prävention und Rehabilitation“ weiter. In mehreren Arbeitsgruppen wurden gemeinsam mit ExpertInnen der Zusammenhang zwischen psychischen Erkrankungen und vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aufgearbeitet und tragfähige Lösungen erarbeitet. Im Sommer 2013 wurden die Endberichte der einzelnen Arbeitsgruppen vorgelegt, ein Gesamtbericht wird Ende April 2014 publiziert. Die Empfehlungen werden an die Bundesregierung weitergeleitet.

Die Beschäftigung 55- bis 64-Jähriger ist laut Eurostat zwischen 2004 und 2012 von 28,8 % auf 43,1 % angestiegen. Damit liegt die Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen zwar immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der EU-28 von 48,8 %, dennoch zeigt sich, dass die Maßnahmen der vergangenen Jahre bereits greifen. Mit der Einführung des neuen Pensionskontos ab 1. Jänner 2014 werden die Pensionen für alle ab 1. Jänner 1955 geborenen Personen ausschließlich nach dem System des Pensionskontos berechnet. Dies ermöglicht eine einfachere, verständlichere und gut erklärbare Pensionsberechnung. Die Kontoerstgutschrift und künftige ausschließliche Anwendung des Pensionskontosystems soll zudem eine effektive Vorausberechnung der Pensionsleistungen der Versicherten durch die Pensionsversicherungsträger ermöglichen.

Eine Reihe an Maßnahmen (darunter u.a. die Reform der Invaliditätspension) ist mit 1.1.2014 in Kraft getreten. Diese werden in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung zeigen. In ihrem Arbeitsprogramm 2013-2018 hat die neue Bundesregierung darüber hinaus einen Pfad und Zeitplan zur Anhebung der Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer sowie des faktischen Pensionsantrittsalters definiert und entsprechende Maßnahmen vereinbart. Demnach ist vorgesehen, die Beschäftigungsquote von Männern im Alter von 55 bis 59 Jahren von 68,1 % (2012) auf 74,6 % (2018) und der 60- bis 64-Jährigen von 21,6 % (2012) auf 35,3 % (2018) zu steigern. Die Beschäftigungsquote von Frauen der Alterskohorte 55 bis 59 Jahre soll von 47,9 % auf 62,9 % (2018) angehoben werden. Das faktische Pensionsantrittsalter soll von 58,4 Jahre (2012) auf 60,1 Jahre (2018) ansteigen. Gleichzeitig wurde vereinbart, die Zielerreichung durch ein Pensionsmonitoring halbjährlich zu überprüfen und unverzüglich verbindliche Maßnahmen zu setzen, sollte eine signifikante Pfadabweichung festgestellt werden.

Im Gesetzwerdungsprozess (Finalisierung im 1. Halbjahr 2014) befinden sich das **Sozialversicherungsänderungsgesetz 2014 (SVÄG 2014)**, das wirkungsvolle Schritte in Richtung Anreize zum längeren Arbeiten setzt. So wird der Bonus für längeren Verbleib im Erwerbsleben bei gleichzeitig späterem Alterspensions-Antritt (Aufschubbonus) von derzeit 4,2 % auf 5,1 % erhöht werden. Durch den Aufschubbonus arbeiten um die 7800 Menschen pro Jahr über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus länger. Dieser Effekt soll durch die Erhöhung weiter verstärkt werden. Schließlich beinhaltet das SVÄG 2014 die rechtliche Basis für das oben beschriebene Monitoring. Damit soll zukünftig noch besser die Wirkung von Reformmaßnahmen auf das faktische Pensionsantrittsalter (wie etwa Invaliditätspension Neu), Arbeitsmarktpakete, sonstige Pensionsreformen der vergangenen Jahre) aufgezeigt werden. Zudem ist Teil des Konzepts, die Älteren-Beschäftigtenquote konkret für Unternehmen ab 25 ArbeitnehmerInnen zu beobachten, um gezielte Lenkungseffekte zu setzen. Dies ist gleichzeitig eine Vorbereitungsmaßnahme zur im Regierungsprogramm festgelegten Einführung eines Bonus/Malus Systems.

<sup>4</sup> 2. Stabilitätsgesetz 2012 (StabG 2012), BGBl Nr. 35/2012

<sup>5</sup> Geregelt im Sozialrechtsänderungsgesetz 2012 (SRÄG 2012)

Am 27. März 2014 hat der Nationalrat das **Arbeitsmarktpaket für Ältere** beschlossen. Ziel ist die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und die Reintegration von älteren ArbeitnehmerInnen. Zur verstärkten Förderung Älterer können nun passive Mittel, die auch bei einem bloßen Verbleib in Arbeitslosigkeit anfallen würden, mit diesem Paket zur aktiven Beschäftigungsförderung genutzt werden. Bis 2016 sollen daher insgesamt 350 Mio. Euro zur verstärkten Beschäftigungsförderung Älterer eingesetzt werden. Je 100 Mio. Euro in den Jahren 2014 und 2015, 150 Mio. Euro im Jahr 2016. Die Mittel können im Verhältnis 60:40 für Eingliederungsbeihilfen und Kombilohn sowie Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt verwendet werden. Eine weitere Aufstockung auf 120 Mio. Euro im Jahr 2015 wird im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2014 erfolgen. Damit stehen in Summe 370 Mio. Euro für die gezielte Förderung Älterer zur Verfügung.

### Länderspezifische Empfehlung Nr. 3

*„... neue Maßnahmen ergreift, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern, indem insbesondere das Kinderbetreuungsangebot und die Langzeitpflegedienste verbessert werden und das hohe geschlechtsspezifische Lohn- und Rentengefälle angegangen wird; das Arbeitsmarktpotenzial von Menschen mit Migrationshintergrund durch eine weitere Verbesserung der Anerkennung ihrer Qualifikationen und ihrer Bildungsergebnisse vollständig ausschöpft; die tatsächliche Steuer- und Beitragsbelastung der Arbeit bei Geringverdienern in haushaltsneutraler Weise durch Verlagerung auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerquellen, etwa periodische Immobiliensteuern, senkt;“*

Die **Erwerbsbeteiligung von Frauen** (20- bis 64-Jährige) liegt mit 70,3 % (2012) über dem Durchschnitt der EU-28 (62,3 %) <sup>6</sup>. Trotz des bemerkenswerten Anstiegs in den letzten zehn Jahren um 6,2 Prozentpunkte darf nicht übersehen werden, dass das Erwerbsmuster der Frauen noch deutlich von jenem der Männer abweicht. Frauen gehen häufiger als Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach. Die Teilzeitquote der Frauen erhöhte sich von 35,9 % (2002) auf 44,9 % (2012). Insgesamt waren 2012 rund 82 % der Teilzeitbeschäftigten weiblich. Gründe für die Teilzeitbeschäftigung sind Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene <sup>7</sup>.

Der Nationale Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist eines der wichtigsten Steuerungsinstrumente. Unter Einbindung aller Ressorts, der Bundesländer, der Sozialpartner, von NGOs, Unternehmen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen wurde im Jahr 2010 ein umfassendes Paket von 55 konkreten Maßnahmen erarbeitet. <sup>8</sup> Von den insgesamt 55 Maßnahmen sind 35 zur Gänze umgesetzt, das entspricht 64 %, und weitere 14 Maßnahmen sind teilweise umgesetzt bzw. befinden sich derzeit in Umsetzung.

Die Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden der letzten Jahre zur Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots zeigen Wirkung. Gemäß Statistik Austria wurden im Kindergartenjahr 2012/13 rund 50.000 Kinder der Altersgruppe 0- bis 2-Jährige in Kinderbetreuungseinrichtungen betreut. Dies bedeutet einen Zuwachs von über 21.400 Kindern oder +76,5 % in den letzten 5 Jahren. Die Betreuungsquote für Kinder dieser Altersgruppe liegt somit bei 20,8 % (2007: 11,8 %). Bei den 3- bis 5-Jährigen ist der Anstieg

<sup>6</sup> Zum Vergleich: die Erwerbsbeteiligung der Männer erreichte 2012 80,9 %; cf. Eurostat

<sup>7</sup> Die Teilzeitbeschäftigung hat im Vergleichszeitraum 2002 bis 2012 auch bei Männern stark zugenommen von 4,7 % auf 9,0 %. Allerdings ist bei Männern das hauptsächliche Motiv für Teilzeitbeschäftigung schulische oder berufliche Aus- und Fortbildung.

<sup>8</sup> Nähere Informationen zum Nationalen Aktionsplan Gleichstellung und den vier strategischen Zielen finden sich im Nationalen Reformprogramm 2013 sowie unter folgendem Link:

[http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=40018;](http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=40018)

<http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=42527>

mit + 5,7 % bzw. 9.600 Kindern geringer, allerdings erreicht in dieser Altersgruppe die Betreuungsquote bereits 90,6 %<sup>9</sup> (2007: 84,9 %).

Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2013 bis 2018 wird festgehalten, dass der quantitative und qualitative Ausbau des Kinderbetreuungsangebots weiter voranzutreiben ist. Ziel ist es, das Barcelona-Ziel von 33 % für unter 3-Jährige in allen Bundesländern rasch zu erreichen.

Ein weiterer Beitrag in Richtung (Vollzeit-)Beschäftigung für Frauen ist die Schaffung und Weiterentwicklung geeigneter Rahmenbedingungen für den **Bereich Pflege**. Im vergangenen Jahr konnte mit der Einführung der Pflegekarenz und der Pflegezeit eine substanzielle Verbesserung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Im Juli 2013 verabschiedete der Nationalrat eine gegenständliche Novellierung des Arbeitsrechts-Änderungsgesetzes (cf. BGBl I Nr. 138/2013). Damit wurde ein Motivkündigungsschutz, ein Rechtsanspruch auf das Pflegekarenzgeld sowie eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung in Form einer beitragsfreien Kranken- und Pensionsversicherung normiert.

Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen im Bereich Pflege sind groß und gehen weit über die materielle Hilfestellung hinaus. Da sich die Zahl der pflegenden Angehörigen Schätzungen zufolge kontinuierlich um einen halben bis zu einem Prozentpunkt jährlich verringert<sup>10</sup>, wird Pflege und Betreuung in Zukunft zusehends zuzukaufen oder durch öffentliche Dienste zu erbringen sein. Der Fokus liegt auf dem Ausbau der mobilen Betreuung von pflegebedürftigen Personen. Laut Daten der Statistik Austria wurden 2012 in Österreich rund 139.000 Personen im Rahmen mobiler Dienste und 71.800 Personen in stationären Einrichtungen mit finanzieller Unterstützung der Sozialhilfe bzw. der Mindestsicherung der Länder und Gemeinden betreut. Die Inanspruchnahme mobiler Dienste ist zwischen 2010 und 2012 um 8,7 % gestiegen, jene der stationären Dienste um 0,03 %. Um der steigenden Bedeutung von Case und Care Management – knapp 70.000 Personen haben Unterstützung in Anspruch genommen – besser entsprechen zu können, wird der flächendeckende Ausbau in allen Bundesländern durch Finanzierung aus dem Pflegefonds unterstützt.

Mit Hinblick auf gute Rahmenbedingungen für Langzeitpflegedienste wurde im Arbeitsprogramm der Bundesregierung festgelegt, bis Ende 2015 die personelle Situation im Bereich der Betreuungs- und Pflegeberufe zu verbessern. Eine wesentliche Weichenstellung, die zu mehr Effizienz und Effektivität des Gesundheits- und Pflegesystems als Ganzem führen wird, ist die geplante Harmonisierung der Sozial- und Gesundheitsberufe und die Schaffung einer Bundeskompetenz zur gesamthafter Abstimmung mit den Pflegeberufen. Die modulare, österreichweit einheitliche Ausbildung quer durch alle Gesundheits- und Sozialberufe mit horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit wird zusätzlich zur Sicherung der Qualität auf hohem Niveau beitragen.

Die **Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles** hat für die österreichische Bundesregierung eine hohe Priorität. Neben legislativen Maßnahmen, wie z.B. der schrittweisen Einführung eines verpflichtenden Einkommensberichts für Unternehmen (GIBG, BGBl. 7/2011)<sup>11</sup> oder dem Gehaltsrechner werden auch Informationskampagnen durchgeführt, die auf eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft hinwirken. Die

<sup>9</sup> cf. Kinderbetreuungsstatistik von Statistik Austria (17. September 2013)

<sup>10</sup> Aufgrund der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie aufgrund demografischer Verschiebungen wird erwartet, dass sich der Anteil der informellen Pflege jedes Jahr um 0,5 bis 1,0 Prozentpunkte verringert, cf. Mühlberger/Knitler/Gugler (2008)

<sup>11</sup> Das österreichische Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet Unternehmen zur Erstellung von Berichten zur Lohngleichheit. Die Berichte sind seit 1. Jänner 2014 für Unternehmen mit mehr als 150 Beschäftigten verpflichtend.

Informationsplattform „Frauen/Mädchen in die Technik“ verfolgt das Ziel, mehr Frauen für atypische Berufe zu interessieren.

Im Jahresdurchschnitt 2012 wiesen laut Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 18,9 % der Gesamtbevölkerung einen **Migrationshintergrund** auf. Eine der Haupthürden für diese Personengruppe auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ist es, eine **ausbildungsadäquate Beschäftigung** zu finden. Mehr als ein Viertel der im Ausland geborenen Beschäftigten war im Jahr 2008 für die von ihnen ausgeübte Tätigkeit überqualifiziert.<sup>12</sup> Es zeigt sich aber auch, dass Überqualifikation in der ersten Generation häufiger ein Thema ist, als in der zweiten (29 % gegenüber 15 %). Da es in Österreich vielfältige Regelungen und Zuständigkeiten bezüglich der formalen Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen gibt, wurden Anlaufstellen zur „Berufsanerkennung“ geschaffen. Hier werden Informationen, Unterstützung und Begleitung im Anerkennungsverfahren sowie dafür nötige Unterstützungen kostenlos angeboten. Seit April 2013 sind flächendeckend alle Anlaufstellen operativ. Die Nachfrage im ersten Jahr hat die ursprünglichen Erwartungen deutlich übertroffen. Eine Fortführung und Einbindung in das laut Regierungsprogramm vorgesehene Anerkennungsgesetz ist geplant. In diesem Zusammenhang sind auch die bereits bestehenden geförderten Betriebspraktika zu erwähnen, die sich als wirkungsvolles Instrument für die verbesserte Arbeitsmarktintegration erwiesen haben. Sie bieten den MigrantInnen die Möglichkeit ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen in der Praxis anzuwenden. Darüber hinaus wird ein arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkt in der Qualifizierung von MigrantInnen durch Verankerung eines eigenen arbeitsmarktpolitischen Zieles im Zielsteuerungssystem des Arbeitsmarktservice gelegt.

Der Faktor Arbeit wurde von der Budgetkonsolidierung ausgenommen und nicht zusätzlich belastet. Die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen und die Erhöhung des Grundfreibetrages von 10.000 Euro auf 11.000 Euro im Rahmen der Steuerreform 2009/10 verfolgten das Ziel, Bezieher niedriger Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wurden unterschiedliche Steuern im Umweltbereich erhöht (Mineralölsteuer 2011, NoVA), oder umweltschädliche Steuervergünstigungen abgeschafft (z.B. Energieabgabenrückvergütung für Dienstleistungsbetriebe 2011; Steuerbefreiung für Busse und die Rückvergütung für Schienenfahrzeuge und Agrardiesel im Jahr 2012). Im Februar 2014 wurde neben der Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) und der Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer auch eine Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes beschlossen (BGBl I Nr. 13/2004). Mit diesen Maßnahmen werden die im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 angesprochenen Lenkungseffekte zur Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems umgesetzt.

Im März 2014 wurde im Nationalrat einer Senkung der Lohnnebenkosten zugestimmt. In Aussicht genommen ist eine Reduzierung des Unfallversicherungsbeitrags um 0,1 % auf 1,3 % ab Juli 2014 und eine Senkung des Arbeitgeberbeitrags zum Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) von 0,55 % auf 0,45 % ab Jänner 2015. Damit werden die Unternehmer um insgesamt rund 200 Millionen Euro entlastet. Damit der Insolvenz-Entgelt-Fonds auch weiterhin ausreichend dotiert bleibt, wird er dauerhaft Mittel aus dem Arbeitsmarktfördertopf erhalten.

#### **Länderspezifische Empfehlung Nr. 4**

*„... die jüngsten Reformen im Gesundheitswesen effektiv umsetzt, um zu gewährleisten, dass die erwarteten Effizienzvorteile eintreten; ein finanziell tragfähiges Modell für die Bereitstellung von Langzeitpflegediensten entwickelt und die Prävention, Rehabilitation und eigenständige Lebensführung stärker in den Mittelpunkt stellt;“*

Mit der Gesundheitsreform 2012, welche die Koordination und Finanzierung des Gesundheitswesens neu regelt, wurde ein zentrales Zielsteuerungsinstrument eingeführt. Vor dem Hintergrund der bestehenden Kompetenzverteilung Bund – Länder –

<sup>12</sup> Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren, Statistik Austria, Wien 2013

Sozialversicherung regelt das im Mai 2013 verabschiedete Gesundheitsreformgesetz (BGBl I 81/2013) die Kooperation und Koordination der jeweiligen Systempartner. Mit der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit soll einerseits sichergestellt werden, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben die vereinbarten Ausgabenobergrenzen nicht überschreiten<sup>13</sup>. Im Zuge der Finanzzielsteuerung wurde festgelegt, dass zweimal jährlich, jeweils im April und Oktober, Finanzmonitoringberichte zur zeitnahen Abschätzung der Zielerreichung vorgelegt werden müssen. Auf Landesebene wurden die Gesetze bereits beschlossen.

Im Jahr 2011 wurde mit Blick auf die Entwicklung eines finanziell tragfähigen Modells für die Bereitstellung von Langzeitpflegediensten ein Pflegefonds eingerichtet. Das Pflegefondsgesetz stellt seither einen strategischen Eckpfeiler für die langfristige Weiterentwicklung und Harmonisierung von Leistungsangeboten, Leistungsversorgung, Transparenz und Steuerung dar. Um die Finanzierung der Pflege über das Jahr 2014 hinaus abzusichern, wurde im Mai 2013 vom Nationalrat eine Änderung des Pflegefondsgesetzes (BGBl I Nr. 173/2013) - eine Verlängerung um zwei weitere Jahre, bis Ende 2016 - beschlossen. Konkret sind für das Jahr 2015 Zweckzuschüsse in der Höhe von zusätzlich 300 Mio. Euro und für das Jahr 2016 350 Mio. Euro an die Länder vorgesehen. Weiters wurde entsprechend dem Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018 eine Pflegefonds-Verlängerung für die Jahre 2017 und 2018 mit insgesamt 700 Mio. Euro vereinbart. Mit diesen Mitteln sollen wie bisher bestehende Pflegeleistungen abgesichert sowie mobile, stationäre und teilstationäre Dienste weiter ausgebaut werden. Durch die Festlegung eines einheitlichen Richtversorgungsgrades und den angestrebten flächendeckenden Ausbau des so genannten „Case und Care-Managements“ will man ein qualitativ hochwertiges Pflegeangebot sicherstellen.

Die Länder sind verpflichtet regelmäßig Sicherungs-, Aus- und Aufbaupläne für das Folgejahr zu erstellen. Diese müssen bis spätestens 31. Oktober dem Sozialministerium übermittelt werden. Damit wird eine österreichweite Gesamtschau im Bereich der Pflegedienstleistungen sichergestellt.

#### **Länderspezifische Empfehlung Nr. 5**

*„... die Bildungsergebnisse insbesondere benachteiligter jugendlicher Menschen verbessert, unter anderem durch die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und eine Abmilderung der negativen Konsequenzen früher Leistungsdifferenzierung; die strategische Planung im Hochschulwesen weiter verbessert und Maßnahmen zum Abbau der Abbrecherquote ausweitet;“*

Generell gilt neben der Erwerbsarbeit das Bildungssystem als Motor für Integration. Laut dem jüngsten Statistischen Jahrbuch zu Migration und Integration hat sich der Anteil der Jugendlichen mit nichtdeutscher Muttersprache, die nach der achten Schulstufe keine weitere schulische Ausbildung in Österreich machten, leicht rückläufig entwickelt und ist von rund 15% im Jahr 2008 auf rund 13% im Jahr 2012 gesunken.<sup>14</sup> Wichtige Maßnahmen in diesem Bereich sind neben dem Ausbau der Neuen Mittelschule und der weiteren Verbesserung des Ganztagesbetreuungsangebots auch die sprachliche Förderung mehrsprachiger SchülerInnen in Deutsch und in ihren Erstsprachen. Über 20 % der Schülerinnen und Schüler in Österreich verwenden in ihrem Alltag neben Deutsch eine andere Sprache. An den allgemein bildenden Pflichtschulen beträgt dieser Anteil sogar mehr als 25 %. Im Schuljahr 2012/13 waren bundesweit ca. 420 Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht im Einsatz. Knapp 300 Lehrkräfte unterrichteten in den beiden größten Migrantensprachen Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Türkisch.

<sup>13</sup> cf. Nationales Reformprogramm 2013, p. 6f.

<sup>14</sup> Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2013, Statistik Austria, Wien 2013

Ein weiterer zentraler Baustein, der insbesondere auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung abzielt, ist der begleitete Übergang vom Kindergarten in die Schule. Ab dem Schuljahr 2013/14 starten Modellprojekte, die an Schulstandorten mit vielen Kindern mit hohem sprachlichem Förderbedarf in allen Bundesländern erprobt werden. Diese Modellprojekte dienen auch der Erprobung der intensiveren Zusammenarbeit zwischen vorschulischem Bereich und Volksschule. Des Weiteren werden Lehrpläne in Richtung Kompetenzorientierung weiterentwickelt.

Um sozialer Ausgrenzung und Jugendarbeitslosigkeit frühzeitig gegensteuern zu können wird der Schnittstelle Schule/Beruf besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In dieser Hinsicht haben sich die Maßnahmen im Bereich Jugend- und Lehrlingscoaching durchaus bewährt. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Berufs- und Bildungswegorientierung im Rahmen der Schulausbildung gesetzt, um SchülerInnen optimal zu fördern und zu unterstützen. Eine Qualitätsoffensive zur Modernisierung des Lehr- und Leistungsangebots der Polytechnischen Schulen wurde auf Basis eines Schulversuchsprojekts an 11 Standorten im September 2013 gestartet. Im Herbst 2014 werden 3 weitere Schulen in die Pilotphase aufgenommen. Ein besonderes Augenmerk wird auch darauf gelegt, durch entsprechende Angebote zum Nachholen von Bildungsabschlüssen (Basisbildung und Pflichtschulabschluss), Zugang zu Bildung im Erwachsenenalter zu erleichtern.

Mit der Neuen Mittelschule wurde ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot geschaffen. Für das Schuljahr 2014/15 wurden insgesamt 136 neue Standorte genehmigt, sodass damit insgesamt 1.072 Standorte mit 7.461 Klassen für voraussichtlich mehr als 150.850 Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen. Damit ist bei den Standorten bereits im Schuljahr 2014/15 eine Flächendeckung von knapp 96 % erreicht.

Nach Verabschiedung der notwendigen gesetzlichen Regelungen startete im Herbst 2013 die Umsetzung der PädagogInnenbildung NEU, eines der zentralen bildungspolitischen Kernprojekte. Mit der Beschlussfassung des neuen Dienst- und Besoldungsrechts für LehrerInnen im Dezember 2013 wurde eine wichtige Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs gesetzt.

Zentrales Steuerungsinstrument zur Verbesserung der strategischen Planung im Hochschulwesen ist der Österreichische Hochschulplan.<sup>15</sup> Dieser wurde 2011 erarbeitet und definiert neben den strategischen Zielen auch erste Instrumente, Maßnahmen und Mechanismen. Die Umstellung des Finanzierungssystems der Universitäten auf die kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Studienplatzfinanzierung wurde im März 2013 vom Nationalrat beschlossen (cf. BGBl I 52/2013). Ziel der kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung ist, eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen zu schaffen, die international adäquaten Studienbedingungen entsprechen. Die Implementierung und Umsetzung bis zum Vollausbau soll in mehreren Phasen erfolgen. Der erste Schritt in der Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 ist die Optimierung der Studienbedingungen, die mit der Ermöglichung von Zugangsregelungen in fünf besonders stark nachgefragten Studienfächern und der zusätzlichen Schaffung von 95 ProfessorInnenstellen in diesen Studienfeldern einhergeht.

Die Instrumente zur Kapazitätsregelung berechtigen die Universitäten in besonders stark nachgefragten Studien Zugangsregelungen in Form eines Aufnahme- oder Auswahlverfahrens vorzusehen. Ziel dieser Maßnahmen ist, zur Verbesserung der Studienbedingungen beizutragen, sodass neben einer Optimierung des Betreuungsverhältnisses auch grundsätzlich dem Studienabbruch gegengesteuert werden kann.

---

<sup>15</sup> cf. NRP 2012 und 2013 und [www.hochschulplan.at](http://www.hochschulplan.at)

### Länderspezifische Empfehlung Nr. 6

„... die Befugnisse und Ressourcen der Bundeswettbewerbsbehörde weiter stärkt und die Umsetzung der Reform der Wettbewerbsvorschriften überwacht; unverhältnismäßige Hindernisse für Dienstleistungsanbieter abbaut; dazu zählt auch die Überprüfung, inwieweit Beschränkungen der Aufnahme und Ausübung eines reglementierten Berufs durch das Allgemeininteresse gerechtfertigt sind, und die Förderung des Wettbewerbs insbesondere im Schienenverkehr;“

Zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung wurden im vergangenen Jahr im Zuge der Novelle des Kartell- und Wettbewerbsrechts die Ermittlungsbefugnisse der weisungsfreien Bundeswettbewerbsbehörde gestärkt (cf. KaWeRÄG 2012). Die Änderungen im Kartellgesetz sorgen für eine bessere Aufsicht über marktbeherrschende Unternehmen. Die österreichische Bagatellausnahme wurde den EU-rechtlichen Vorbildern angepasst. Darüber hinaus wurde die privatrechtliche Kartellrechtsdurchsetzung gestärkt. Dazu wurde erstmals eine explizite Anspruchsgrundlage für Schadenersatzforderungen im Kartellgesetz verankert. Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen wird für die Dauer eines anhängigen Kartellverfahrens und danach weitere sechs Monate gehemmt. Damit die Transparenz erhöht wird, muss das Kartellgericht rechtskräftige Entscheidungen in einer Ediktsdatei veröffentlichen.

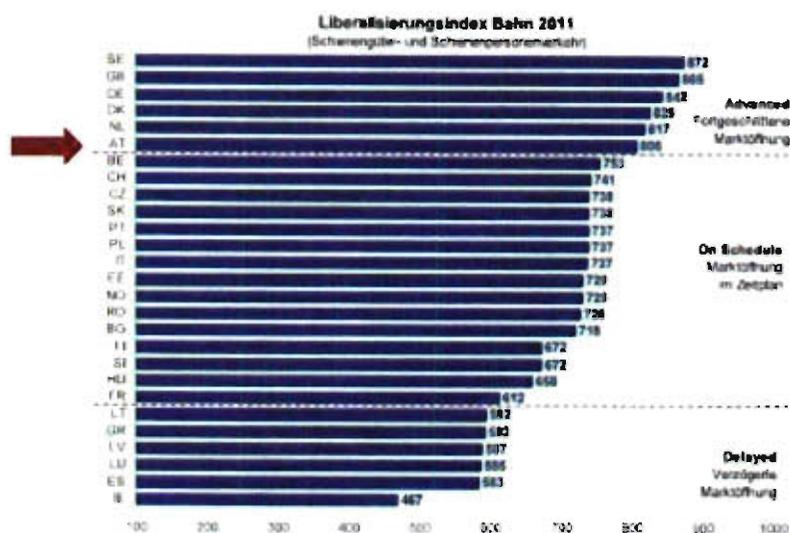
Österreich nimmt die Oktober 2013 verabschiedete Neufassung der Berufsanerkennungsrichtlinie (2013/55/EC) zum Anlass, um das Verzeichnis der reglementierten Berufe zu überprüfen und dort wo die Notwendigkeit einer Reglementierung besteht, diese zu begründen.

Im Rahmen der wirkungsorientierten Folgenabschätzung, welche im Zuge der Haushaltsrechtsreform am 1. Jänner 2013 in Kraft getreten ist, ist vorgesehen die Auswirkungen von Gesetzen, Verordnungen oder großen Vorhaben zu ermitteln und die erwartbaren Ergebnisse für Unternehmen und Bürger darzustellen.

Die Überarbeitung und Digitalisierung des Firmenbuchs ermöglicht eine rasche Abwicklung von Geschäftsfällen auf neuestem technischem Stand und unter Gewährleistung der entsprechenden Sicherheit.

Angelegenheiten des Wettbewerbs und der Liberalisierung im österreichischen Schienenverkehr werden von den Regulierungsbehörden, der Schienen-Control GmbH (SCG) und der Schienen-Control Kommission (SCK), wahrgenommen. Mit Stichtag 1. Juli 2013 waren 33 Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) im ÖBB-Netz, davon 6 mit Sitz im Ausland.

Grafik: EU-Liberalisierungsfortschritte nach Ländern



Quelle: Schienen Control, Liberalisierungsindex (Deutsche Bahn/IBM, 2011)

**Länderspezifische Empfehlung Nr. 7**

*„... zur Wahrung der Finanzstabilität die verstaatlichten und teilweise verstaatlichten Banken weiterhin eng überwacht und ihre Umstrukturierung beschleunigt.“*

Die fristgerechte Restrukturierung der staatlich unterstützen Banken und deren Überwachung werden konsequent fortgeführt. Nähere Informationen werden im Stabilitätsprogramm 2013-2018 bereitgestellt.

Neben der Umsetzung des Basel-III-Paketes unterstützt vor allem das im Sommer 2013 beschlossene Bankeninterventions- und restrukturierungsgesetz (BIRG) die Finanzmarktstabilität. Damit soll die Krisenplanung durch die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen gewährleistet werden. Banken und Finanzmarktaufsicht setzen sich dabei mit verschiedenen Krisenszenarien auseinander und erarbeiten Lösungsansätze für deren Bewältigung. Die Aufsicht kann zudem durch ein frühzeitiges Eingreifen wirtschaftlichen Schief lagen vorbeugen.

### 3. Nationale Europa-2020 Ziele

Seit der Festlegung der nationalen Europa-2020 Ziele im Jahr 2010 durch die österreichische Bundesregierung konnten in allen Bereichen kontinuierliche Fortschritte erzielt werden. Österreich befindet sich in fast allen Bereichen deutlich über dem EU-Durchschnitt und auch hinsichtlich der festgelegten nationalen Ziele liegt es, mit Ausnahme der F&E-Ausgaben des privaten Sektors und der Treibhausgasemissionen, auf Kurs.

**Tabelle: Übersicht Europa-2020 Ziele**

	EU-Gesamtziel		Nationales Ziel Österreich	
	2020	Stand 2012	2020	Stand 2012
Beschäftigungsquote in %	75 %	68,4 %	77-78 %	75,6 %
F&E-Investitionen in % des BIP	3 %	2,06 %	3,76 %	2,84 %
Emissionsreduktionsziel in den Nicht-Emissions-Handelssektoren	-10 % (gegenüber 2005, Non ETS)	-18 %	-16 % (Basisjahr 2005)	n.V. <sup>(1)</sup>
Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch	20 %	14,1 %	34 %	32,1 %
Steigerung der Energieeffizienz bzw. Stabilisierung des Endenergieverbrauchs (in Mtoe)	Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bzw. 1.078 Mtoe (EU-27) 1.086 Mtoe (EU-28)	1.098 Mtoe (EU-27) 1.103 Mtoe (EU-28)	26,27 Mtoe	27,3 Mtoe
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	10 %	12,7 %	9,5 %	7,6 %
Tertiärer Bildungsabschluss in %	40 %	35,7 %	38 % <sup>(2)</sup>	38,3 %
Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen" (Basisjahr 2008)	20.000.000		235.000	n.V. <sup>(3)</sup>

Quelle: Eurostat, Statistik Austria

(1) Zahlen für 2012 noch nicht bekannt; Wert für 2011 auf Basis der UBA-Daten -11,8 %.

(2) Einschließlich ISCED 4a

(3) Aufgrund der Methodenumstellung derzeit nicht verfügbar

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)<sup>16</sup> weist zudem darauf hin, dass es wenig Sinn macht, die Ziele aus dem Gesamtkontext herauszulösen und jedes für sich einzeln zu bewerten. Aufgrund der bestehenden Wirkungszusammenhänge müssen auch immer „Nebeneffekte“ bedacht werden, die sich positiv oder negativ auf die Zielerreichung auswirken können.

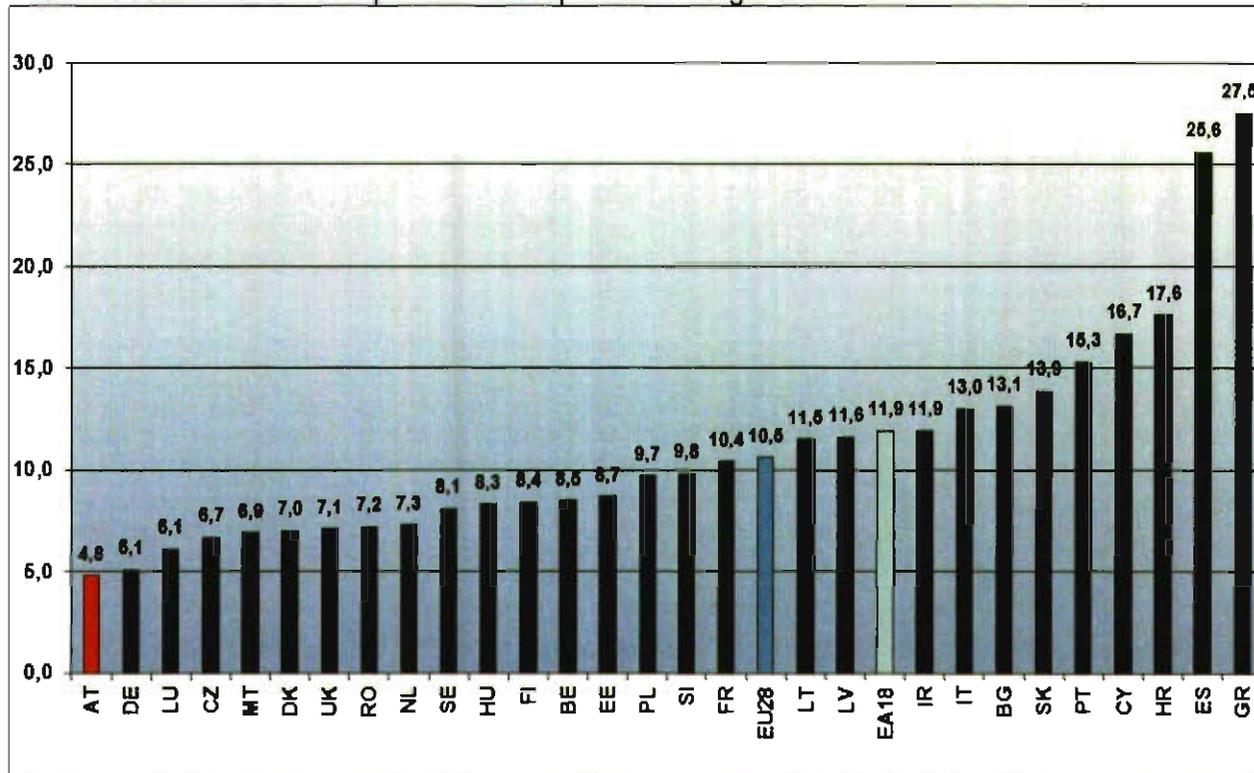
#### 3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Mit aktuell 4,8 % (Februar 2014) ist die Arbeitslosigkeit in Österreich weiterhin die niedrigste in der Europäischen Union. Bei der Jugendarbeitslosigkeit weist Österreich mit 9,4 % (Februar 2014) den zweitniedrigsten Wert hinter Deutschland (7,7 %) auf. Das

<sup>16</sup> Monitoring of Austria's Efforts Within the Europa 2020 Strategy, Update 2013/14, WIFO 2014

Beschäftigungswachstum betrug im Jahresdurchschnitt 2012 laut Mikrozensus rund 39.900 Personen<sup>17</sup>.

Grafik: Gesamtarbeitslosenquoten im europäischen Vergleich



Stand: Februar 2014

Quelle: Eurostat

Bei der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen liegt Österreich noch immer unter dem Durchschnitt der EU-28, welcher 2012 bei 48,8 % lag. Bemerkenswert jedoch ist der Anstieg der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen im Zehnjahresvergleich um 14 Prozentpunkte von 29,1 % im Jahr 2002 auf 43,1 % im Jahr 2012. In absoluten Zahlen hat die Erwerbstätigkeit dieser Altersgruppe im vergangenen Jahr um 22.500 Personen zugenommen.

Dieser stetige Anstieg zeigt, dass die ergriffenen Maßnahmen der letzten Jahre wirksam sind. Neben dem sekundärpräventiven Informations-, Beratungs- und Unterstützungsprogramm zu Arbeit und Gesundheit „fit2work“, das seit 2013 bundesweit verfügbar ist, wurden mehrere Maßnahmen für Ältere entwickelt. Etwa das Programm „Reife Leistung“ mit Lohnkostenzuschüssen für nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten oder bedarfsgerechte Qualifizierung im Programm „Aufstieg“ (für Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen) oder im Rahmen eines Fachkräftestipendiums (seit 1. Juli 2013). Ziel dieser Maßnahmen ist die Höherqualifizierung von ArbeitnehmerInnen, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

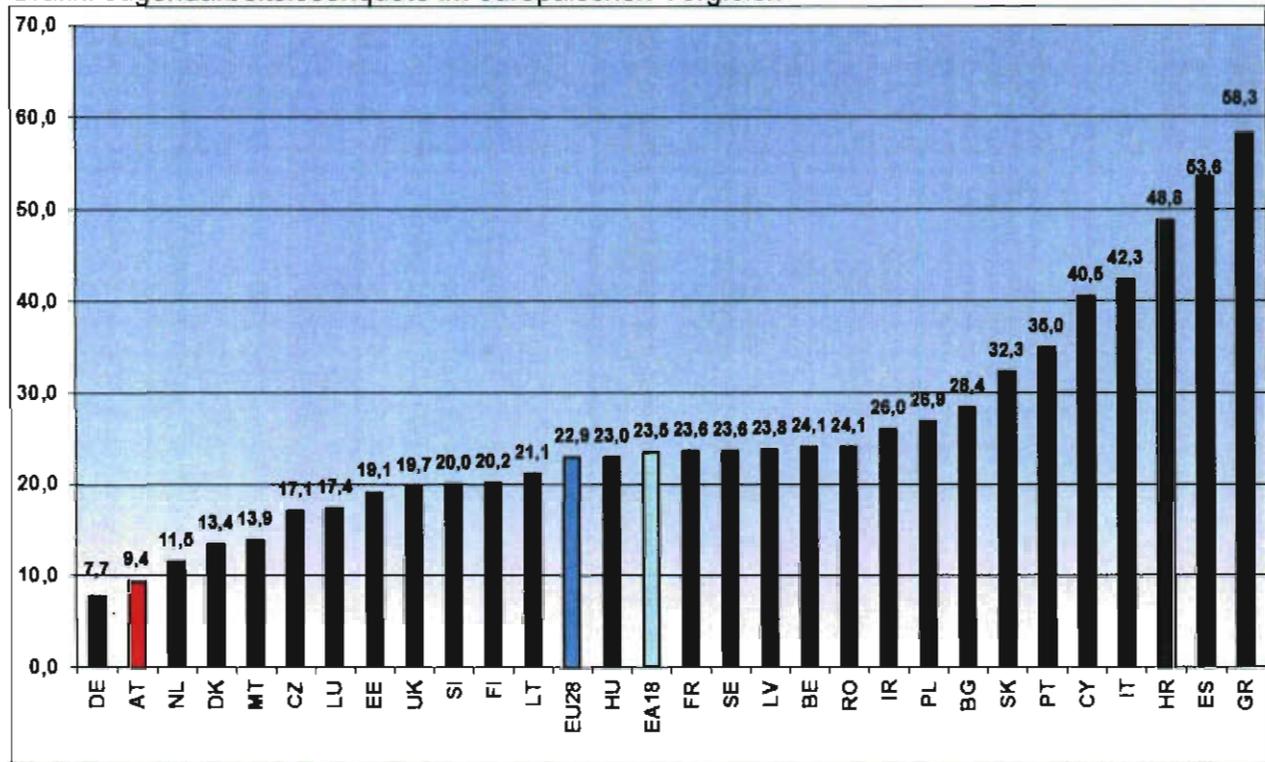
Im aktuellen Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018 ist ein eigener Politikschwerpunkt zur Steigerung der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen vorgesehen. Durch entsprechende unbefristete gesetzliche Regelungen im Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG) wird die Förderung der Integration Älterer in den Arbeitsmarkt durch Aktivierung passiver Leistungen für Förderungen des Arbeitsmarktservice verstärkt. Insgesamt 350 Mio. Euro werden in den Jahren 2014 bis 2016 speziell für die Beschäftigungsförderung für Ältere (Eingliederungsbeihilfen, Ausbau des

<sup>17</sup> Statistik Austria, 10. Jänner 2014

Zweiten Arbeitsmarktes) reserviert. Dadurch können über 20.000 Personen pro Jahr gezielt unterstützt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt im Hinblick auf das nationale Europa-2020 Beschäftigungsziel sind, neben den Frauen (siehe Empfehlung Nr. 3), Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Grafik: Jugendarbeitslosenquote im europäischen Vergleich



Stand: Februar 2014

Quelle: Eurostat

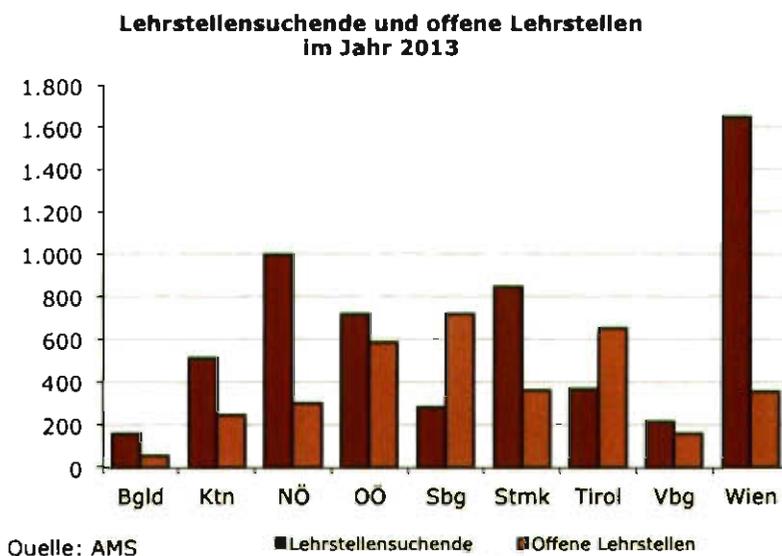
Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich fällt im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativ moderat aus. Sie stellt einen Schwerpunkt der österreichischen Arbeitsmarktpolitik dar. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anstieg der Jugendarbeitslosenquote um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr geht überwiegend zu Lasten der nichtösterreichischen Staatsbürger.

Um möglichst alle an eine berufliche Qualifikation heranführen zu können, hat die österreichische Bundesregierung ergänzend zu den bereits bestehenden und erfolgreichen Programmen im Jänner 2014 das Programm AusbildungsFit<sup>18</sup> gestartet. Adressatenkreis sind Jugendliche bis zum vollendeten 21. Lebensjahr bzw. bis zum vollendeten 24. Lebensjahr (alle Jugendlichen mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf, Lernbehinderung, sozialen oder emotionalen Beeinträchtigungen), die eine Berufsausbildung absolvieren wollen und deren Berufswunsch zum aktuellen Zeitpunkt klar und realisierbar erscheint.

Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung wurde darüber hinaus in groben Zügen eine Ausbildungspflicht für Jugendliche vereinbart und im Jänner 2014 im Rahmen der Regierungsklausur beschlossen. Für Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren, die weder einer Ausbildung, Berufsbildung oder Beschäftigung nachgehen (NEETs = **N**ot in **E**ducation, **E**mployment or **T**raining) werden Verwaltungsstrafen in Höhe von rund 440 Euro analog der Verletzung der Schulpflicht mit Wirksamkeit des Ausbildungsjahres 2016/17 eingeführt.

<sup>18</sup> Das Programm ist zunächst mit 24 Pilotprojekten in 7 Bundesländern gestartet und soll 2015 bundesweit ausgebaut werden. Nähere Informationen unter: <http://ausbildungsfitt.at/>

Grafik: Lehrstellensuchende und offene Lehrstellen 2013



Für Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, aber keine finden, wurde bereits 2008 das Instrument der überbetrieblichen Berufsausbildung geschaffen. Um die Übernahme in ein betriebliches Lehrverhältnis attraktiver zu gestalten, erhalten Betriebe seit September 2013 eine einmalige Förderung von 1.000 Euro, vorausgesetzt, sie erfüllen die Behaltefrist von einem Jahr.

### 3.2. Forschung und Entwicklung

Als die Österreichische Bundesregierung am Beginn des Europa-2020 Prozesses das F&E-Ziel mit einer F&E-Quote von 3,76 % des BIP festgelegt hat, war sie sich des hohen Ambitionsniveaus durchaus bewusst.

Die Entwicklung der letzten 10 Jahre ist auch bemerkenswert. Seitdem die Forschungsquote im Jahr 2001 erstmals die 2%-Marke überschritten hat, ist sie mit Ausnahme von 2011 kontinuierlich angestiegen. Mit 2,84 % Forschungsquote<sup>19</sup> erzielt Österreich hinter Finnland (3,55 %), Schweden (3,41 %), Dänemark (2,99 %) und Deutschland (2,92 %) den fünften Rang und liegt deutlich über dem Durchschnitt der EU-28, der laut Eurostat im Jahr 2012 2,06 % erreicht.

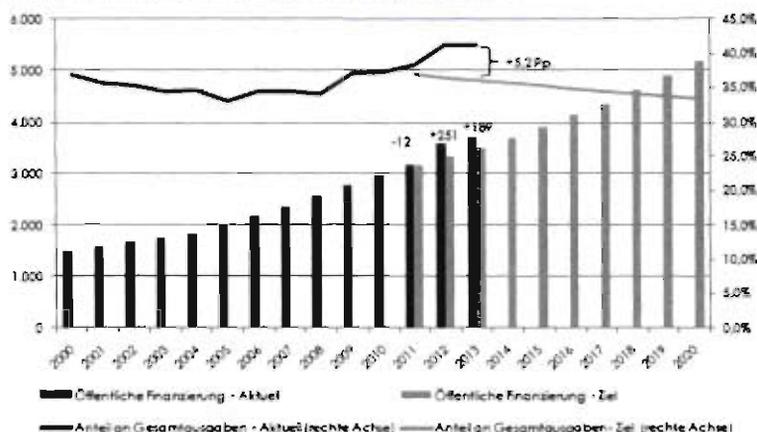
Die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung erreichten 2013 rund 8,96 Milliarden Euro und lagen damit um 2,9 % über dem Wert von 2012. Der größte Anteil der öffentlichen Forschungsausgaben entfällt auf den Bund. Die Forschungsfinanzierung durch den Bund stieg 2013 um 2,8 % auf 3,09 Milliarden Euro an. Dieser Höchstwert ist unter anderem auf die Forschungsprämie (Erstattungen an Unternehmen) zurückzuführen. Von den Bundesländern stammen 427 Millionen Euro, und von sonstigen öffentlichen Einrichtungen (Gemeinden, Kammern etc.) rund 105 Millionen Euro. Aus den Unternehmen flossen 2013 rund 3,93 Milliarden Euro in die Forschung. Im Vorjahr hatten sie rund 3,70 Milliarden investiert, das entspricht rund 43,8 % der Gesamtausgaben. Weitere 15,2 % bzw. 1,36 Milliarden Euro kommen aus dem Ausland. Der überwiegende Teil stammt von multinationalen Konzernen, deren Tochterunternehmen in Österreich Forschung betreiben.

Mit Blick auf die Erreichung der Zielquote ist es wichtig, auf den Gesamtkontext zu achten, da die F&E-Quote als Indikator nur sinnvoll vor dem Hintergrund der gegebenen Rahmenbedingungen bzw. den FTI-Strukturen und auch den Interdependenzen zwischen den Europa-2020 Zielen interpretiert werden kann.

<sup>19</sup> cf. Eurostat, vorläufige Schätzung

## Grфик: Finanzierungspfad zur Erreichung des F&E-Quotenziels

Abbildung 7: Soll-Ist Vergleich öffentliche Finanzierung, in Mio. €



G: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen; -) Soll Werte ab 2011 entsprechend der Ziele fortgeschrieben (F&E Quote 2020: 3,74% des BIP, öffentliche Finanzierung 2020: 33,33% der gesamten F&E Ausgaben); -) BIP ab 2014 entsprechend der WIFO Prognose fortgeschrieben, ab 2018 mit 4%.

### Exkurs: Maßnahmen zur Vollendung des Europäischen Forschungsraums

Österreich bekennt sich zur Zielsetzung der Schaffung eines Raums der Forschung und Innovation, in dem Freizügigkeit für Forscherinnen und Forscher herrscht und wissenschaftliche Erkenntnisse und Technologien frei ausgetauscht werden. Österreich unterstützt auch die Empfehlungen des ERA Fortschrittsberichtes vom 20. September 2013 und ist bestrebt an deren Umsetzung aktiv mitzuarbeiten. In der Umsetzung der österreichischen FTI-Strategie wird die Verwirklichung des ERF vielfach berücksichtigt. Im Einzelnen wird zur Umsetzung der Ziele der verstärkten Partnerschaft wie folgt ausgeführt.

#### a. Effektivere Nationale Forschungssysteme

In Österreich wird schon jetzt ein erheblicher Teil der Mittel zur Förderung von F&E nach dem Wettbewerbsprinzip unter Anwendung von internationalen Peer Review Verfahren vergeben. Österreich wird im Zuge der Umsetzung seiner nationalen FTI-Strategie das konkrete Potenzial zur Ausweitung dieser Prinzipien auf weitere Bereiche des nationalen Forschungssystems analysieren.

#### b. Optimale länderübergreifende Zusammenarbeit und entsprechender Wettbewerb

- Österreich ist derzeit an sieben Joint Programming Initiativen beteiligt und wird sich im Rahmen der gemeinsamen Programmplanung, insbesondere dem „Alignment“ europäischer und nationaler Programme und Strategien widmen.
- Österreich ist ein aktiver Partner in ERA-NETs und treibt die Nutzung dieses Instruments weiter voran.
- Österreich ist in einer Reihe von Partnerschaftsinitiativen im Rahmen des Programms Horizont 2020 (ECSEL, AAL, EDCTP, EMPIR und Eurostars) sowie am Strategieplan für Energietechnologien (SET-Plan) aktiv beteiligt.
- Österreich ist derzeit an zehn ESFRI Initiativen sowie acht weiteren Forschungsinfrastrukturen von pan-europäischem Interesse beteiligt.
- Österreich beteiligt sich aktiv an der Gestaltung des EU-Rahmenprogramms Horizont 2020, der fachspezifischen Joint Undertakings sowie an den Europäischen Technologieplattformen, die durch Kooperation zwischen Industrie, Forschung, Europäischer Kommission und den EU-Mitgliedstaaten ein entscheidendes Instrument zur strategischen Planung der Europäischen Technologiepolitik und F&E-Förderungen darstellen und dadurch zur Wahrung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.
- Österreich ist aktiver Partner in internationalen und europäischen Forschungs- und Industrieinitiativen mit dem Ziel der Forcierung alternativer Antriebe (IEA Implementing Agreement Hybrid & Electric Vehicles, European Green Vehicles Initiative EGV),

European Road Transport Research Advisory Council ERTRAC, European Automotive Research Partners Association EARPA, Fuels, Cells and Hydrogen JTI; ERANET Electromobility+).

- Österreich engagiert sich intensiv bei europäischen Forschungs- und Umsetzungsprojekten mit Fokus Elektromobilität im Rahmen der Programme Horizon 2020 und TEN-T.

#### c. Ein offener Arbeitsmarkt für Forscherinnen und Forscher

- Die internationale bzw. EU-weite Ausschreibung von wissenschaftlichen Stellen an Universitäten ist in Österreich gesetzlich vorgeschrieben. Als Plattform dafür wird die kostenlose europaweite Jobdatenbank der Europäischen Kommission EURAXESS Jobs empfohlen und beworben.
- Die Portabilität von Finanzhilfen wird durch die Initiative „Money follows researcher“ im Rahmen des DACH Abkommens (FWF-DFG-SNF) seit mehreren Jahren praktiziert.
- Die Euraxess Verpflichtungserklärung haben derzeit insgesamt 22 österreichische Organisationen unterschrieben. Die weitere Erhöhung dieser Zahl wird durch fortgesetzte Bewerbung angestrebt.
- Die Implementierung der Prinzipien von Charta & Code an Österreichischen Universitäten ist Teil der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten. Es haben bereits 34 österreichische Organisationen Charter & Code unterschrieben.

#### d. Berücksichtigung des Gleichstellungsaspektes in der Forschung

Im Zuge der Haushaltsrechtsreform wurden Gender Budgeting und Gleichstellung gesetzlich verankert. Im Forschungsbereich wird auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen und Entscheidungsgremien sowie beim wissenschaftlichen Nachwuchs abgezielt. Auch an den Universitäten werden über die Leistungsvereinbarung strategische Gleichstellungsziele vorgegeben. Diese betreffen ebenfalls die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und Gremien auf 40 % sowie beim wissenschaftlichen Nachwuchs, die Verringerung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Familie.

#### e. Optimaler Austausch zu und Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen

- Österreich unterstützt Open Access Initiativen im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten als auch durch Maßnahmen des FWF. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Universität Graz haben bereits Open Access Strategien. Darüber hinaus finanziert der Wissenschaftsfonds (FWF) die Open Access-Publikation aller von ihm geförderten Projekte.
- Mit der Etablierung von drei regionalen Wissenstransferzentren sowie einem thematischen Wissenstransferzentrum im Bereich Life Sciences sollen durch das neue Förderprogramm „Wissenstransferzentrum und IPR Verwertung“ attraktive Anreize für Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen geschaffen werden, um das vorhandene Potenzial im Wissens- und Technologietransfer im Rahmen von Kooperationsprojekten optimiert zu nutzen und damit optimale Voraussetzungen für einen erfolgreichen Technologietransfer in die Wirtschaft zu schaffen.
- Analog zu den Europäischen Technologieplattformen hat Österreich nationale Technologieplattformen eingerichtet, in denen die Industrie, Forschung und Verwaltung nicht nur auf einer strategischen Ebene durch Definition von technologiepolitischen Prioritäten und Maßnahmen kooperiert sondern auch der Informationsfluss zwischen den Partnern sowie die Vertretung österreichischer Interessen in internationalen Gremien geplant wird.

### 3.3. Klimaschutz und Energie

Die österreichischen Ziele im Rahmen des 2020 Klima- und Energiepakets der Europäischen Union beinhalten eine Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie eine Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energie.

Verpflichtungen im Bereich Treibhausgase:

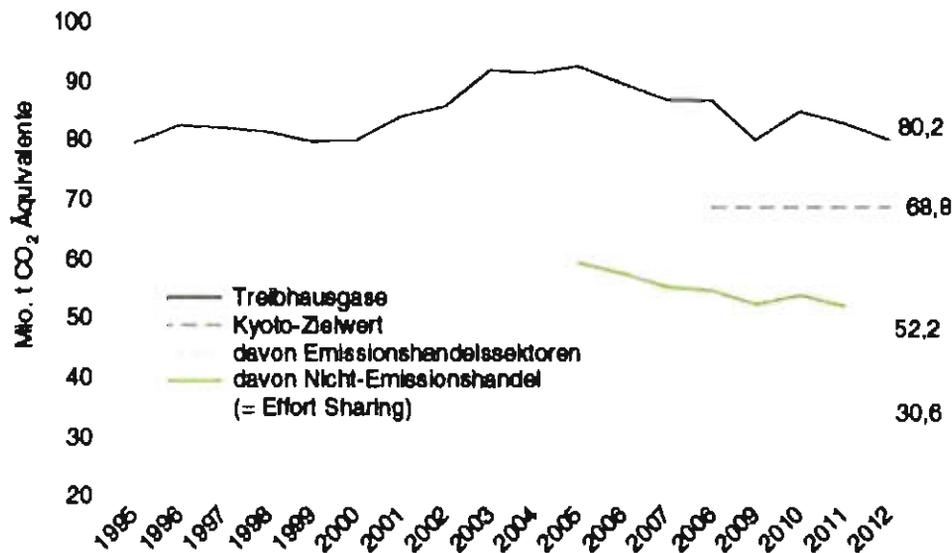
- EU Emissionshandelssektor (Anlagen mit einer Gesamtfeuerungsleistung von über 20 MW und Anlagen für bestimmte Herstellungsprozesse): Reduktion von 21 % gegenüber 2005 gesamteuropäisch.
- EU Nicht-Emissionshandelssektor (restliche Treibhausgasemissionen): Reduktion von 10% gegenüber 2005 gesamteuropäisch und für Österreich eine Reduktion von 16 % „(Effort-Sharing“).

Verpflichtungen im Bereich des Energieverbrauchs:

- Erneuerbare Energieträger: Erhöhung des Anteils am Bruttoendenergieverbrauch auf 34 %.
- Bezugnehmend auf eine Steigerung der Energieeffizienz ist in der Energiestrategie Österreich (2010) eine Stabilisierung des Endenergiebrauchs auf dem Niveau von 2005 verankert (1.100 PJ).

Bei den Treibhausgasemissionen ist seit Beginn der Referenzperiode 2005 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen. Gemäß der im Jänner vom Umweltbundesamt veröffentlichten Treibhausgasbilanz 2012 wurden im Jahr 2012 80,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent emittiert. Gegenüber 2011 sind das um 3,3 % bzw. 2,7 Millionen Tonnen weniger.

Grafik: Treibhausgasemissionen 1995 bis 2012



Q: UMWELTBUNDESAMT. Erstellt am 17.02.2014.

59,84 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente, also knapp drei Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen im Jahr 2012 sind energetisch bedingt. Sie entstehen in den Sektoren Verkehr (21,68 Mio. t), Energieversorger (12,45 Mio. t), Industrie (15,74 Mio. t), Kleinverbraucher/Raumwärme (9,5 Mio. t) und flüchtige Emissionen aus Brennstoffen (0,48 Mio. t).

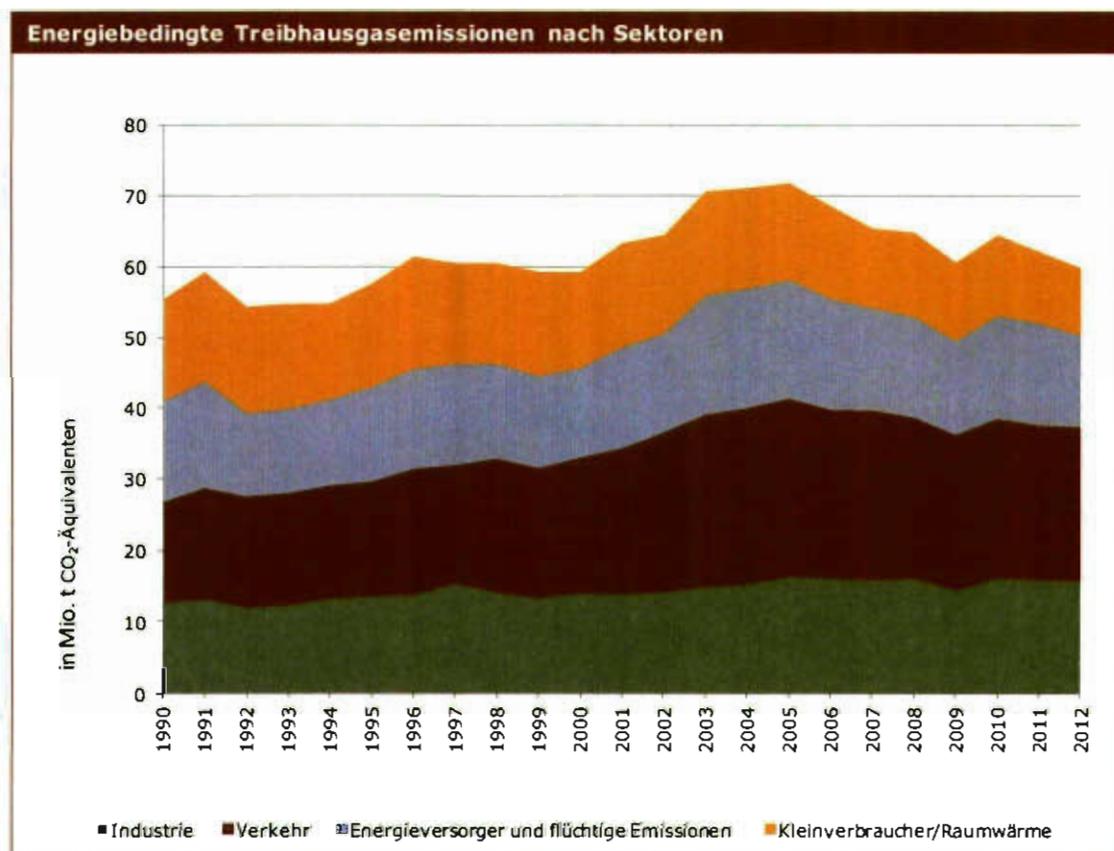
Energetisch bedingte Emissionen; CO <sub>2</sub> -Äquivalente			
Sektor	umfasst Emissionen aus:	Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalente 1990	Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalente 2012
Industrie	Verbrennung	12,77	15,74
Verkehr		14,07	21,68
Kleinverbraucher	Raumwärme	14,41	9,50
Energieversorger	Strom, Fernwärme, Raffinerie und Eigenverbrauch	13,84	12,45
Flüchtige Emissionen		0,31	0,48
<b>Gesamt</b>		<b>55,40</b>	<b>59,85</b>

Quelle: Umweltbundesamt

Die Struktur der energetisch bedingten Treibhausgase hat sich langfristig deutlich verändert: Der Verkehrssektor verbucht starke Anteilszuwächse und ist damit derzeit für mehr als ein Drittel der Emissionen verantwortlich, während der Sektor Kleinverbraucher/Raumwärme infolge von besserer thermischer Qualität der Gebäude und Zunahme der Fernwärmeversorgung und Erneuerbarer Energieträger markante Anteilsrückgänge aufweist. Die Anteile des Industriesektors und der Energieversorger haben sich hingegen moderat verändert.

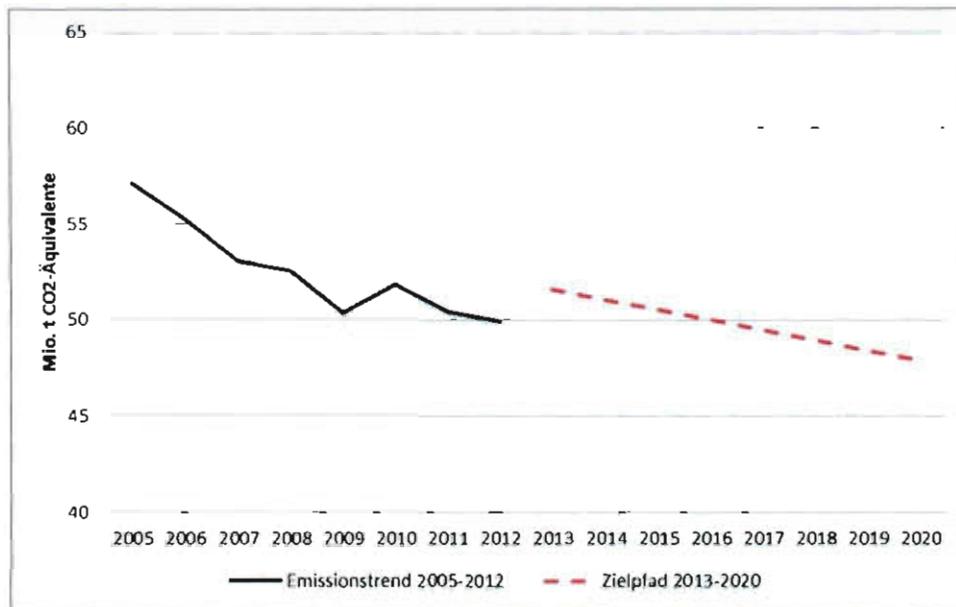
Für die energieintensive Industrie gilt, dass durch die Entkoppelung der Wertschöpfung und der Emissionen der Anstieg der Gesamtemissionen gemildert wurde. Verkehr ist neben der Industrie, dem Gewerbe, der Beheizung und der Energieerzeugung einer der großen Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Von 1990 bis 2012 stiegen die Treibhausgas-Emissionen aus dem Verkehr (inkl. Kraftstoffexport) von 14,1 Mio. Tonnen auf 21,7 Mio. Tonnen an (+ 55 %). Bedeutendster Verursacher ist der Straßenverkehr. Der Personenverkehr auf der Straße verursachte im Jahr 2012 rund 12,2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent, der Straßengüterverkehr rund 8,9 Mio. Tonnen (cf. Umweltbundesamt, Klimaschutzbericht 2013).

Österreich hat sich in der „Effort Sharing“-Entscheidung (406/2009/EG) verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 16 % zu reduzieren. Um dies zu erreichen, sind auch etliche Maßnahmen im Verkehrssektor erforderlich, z.B. Förderungen des öffentlichen Verkehrs, des Radverkehrs und des Mobilitätsmanagements durch u.a. die Initiative für einen spritsparenden Fahrstil sowie die Förderung von umweltfreundlicher Antriebstechnologie. Dazu gehört der Einsatz von Elektromobilität in Verbindung mit erneuerbaren effizienten Energiequellen, eingebettet in ein intelligentes und intermodales Gesamtverkehrssystem. Das Ziel, dass in Österreich bis zum Jahr 2020 20 % der Neuzulassungen Batterie- und Hybridfahrzeuge sein sollen, wird einerseits durch F&E-Programme wie „Mobilität der Zukunft“, „Leuchttürme der Elektromobilität“ sowie dem Umsetzungsplan Elektromobilität in und aus Österreich und andererseits durch Anreize zur raschen Markteinführung wie insbesondere durch „klima:aktiv mobil“ unterstützt.



Mit der vom Österreichischen Parlament im Juli 2013 verabschiedeten Novelle der Anlage 2 des Klimaschutzgesetzes (KSG) wurde das Gesetz an die Klimaschutzverpflichtungen der Republik Österreich außerhalb des EU-Emissionshandels im Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 angepasst. Die in der Novelle festgelegten Höchstmengen sind "Trigger" und sollen in der Folge Steuerungsprozesse initiieren, sollte die Entwicklung der Treibhausgasemissionen ein Einschreiten erforderlich machen.

Grafik: Treibhausgasemissionen in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels 2005 bis 2012 und Zielpfad bis 2020



Quelle: BMLFUW 2014

Eine zentrale Maßnahme zur Bewusstseinsbildung und Qualitätssicherung ist in diesem Kontext die international anerkannte Klimaschutzinitiative klima:aktiv, die in den Bereichen „Energiesparen“, „Bauen und Sanieren“, „Erneuerbare Energie“ und „Mobilität“ als Impulsgeber fungiert (siehe Annex 1, Tabelle 2). Wichtige Grundlagen dafür werden mit den ebenfalls weithin anerkannten Programmen zur Forschung und Technologieentwicklung im Energiebereich geschaffen, wie z.B. mit den Programmen Energiesysteme der Zukunft, Städte der Zukunft, dem Klima- und Energiefonds (KLIEN) oder auch den österreichischen Aktivitäten zum Europäischen Strategic Energy Technology Plan (SET Plan).

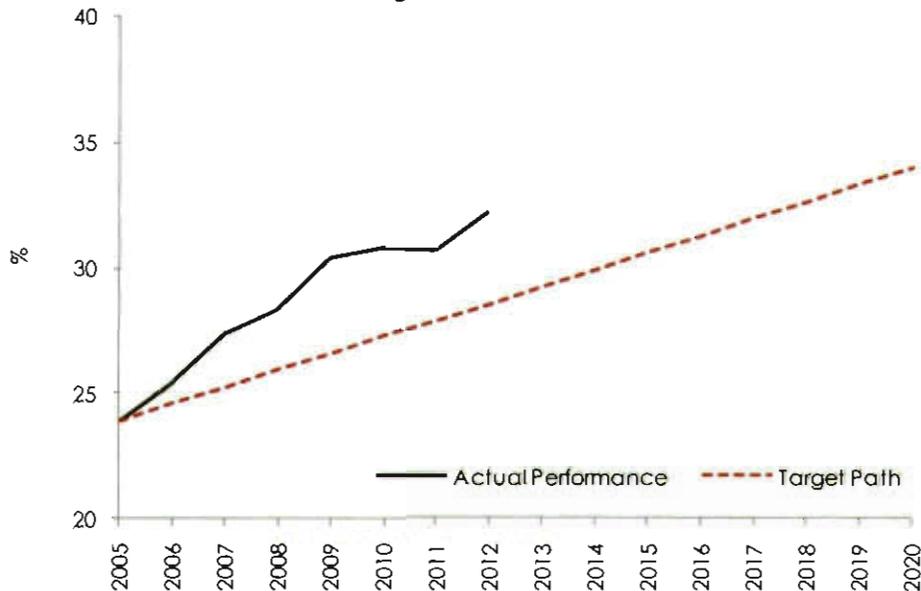
Der Anteil erneuerbarer Energieträger soll im Jahr 2020 zumindest 34 % betragen. Im Jahr 2012 betrug der Anteil 32,1%. Der Anteil war damit um 1,5 Prozentpunkt höher als im Jahr 2011. In absoluten Zahlen erhöhte sich der Beitrag anrechenbarer Erneuerbarer von 2011 auf 2012 um 4,1 % auf 103.535 GWh oder 372.726 TJ. Damit liegt Österreich deutlich über dem Durchschnitt der EU-28, welcher im Jahr 2012 laut Eurostat 14,1 % erreichte.

Eine Analyse des Anteils Erneuerbarer Energie in den Hauptkategorien Strom, Fernwärme, direkter Einsatz (Wärme) und Verkehr zeigt für 2012, dass der erneuerbare Strom (aus Wasserkraft, Wind, Photovoltaik, Erdwärme und Biomasse) mit 65,3 % den höchsten Anteil hat, gefolgt von der erneuerbaren Fernwärme aus Biomasse, Solar- und Erdwärme mit 45,0 %, dem direkten Einsatz von Erneuerbarer Wärme im Energetischen Endverbrauch (biogene Brennstoffe, Umgebungswärme, Erdwärme und Solarwärme) mit 29,6 % und den nachhaltig produzierten Biotreibstoffen (Biodiesel und Bioethanol) mit 6,6 % an den Treibstoffen insgesamt.<sup>20</sup> Der Gesamtumsatz aus den Investitionen in den Betrieb und aus dem Betrieb von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energie in Österreich betrug im

<sup>20</sup> cf. Statistik Austria, Energiebilanzen 1970-2012, veröffentlicht am 27.11.2013

Jahr 2012 5,9 Mrd. Euro und war damit um 4,7 % höher als im Jahr 2011. In den entsprechenden Produktions- und Servicebetrieben wurden im Jahr 2012 insgesamt rund 38.800 Personen beschäftigt, das sind um 1,4 % mehr als 2011.

Grafik: Anteil Erneuerbare Energie 2005 bis 2020



Quelle: WIFO 2014

Der energetische Endverbrauch ist 2012 gemäß der Energiebilanz von Statistik Austria gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,7 % auf 1.096 Petajoule (PJ) gesunken und erreichte damit annähernd das Niveau von 2005 (1.111 PJ). Dieser Rückgang wurde trotz der im Vergleich zu 2011 kälteren Temperaturen erzielt (die Heizgradsumme stieg 2012 um 5 % an). Im Industriesektor sank der Energieverbrauch um etwa 1,7 % auf 332 PJ, während der Verkehrssektor einen Rückgang von etwa 1,6 % auf 352 PJ verzeichnete. Der Energiekonsum der privaten Haushalte hingegen stieg um 4,7 % auf 275 PJ.

Insgesamt betrachtet zeigt sich beim energetischen Endverbrauch bei allen fossilen Energieträgern ein deutlicher Rückgang gegenüber 2011: Kohle – 8,9 % auf 20 PJ, Erdölprodukte – 2,5 % auf 404 PJ, Erdgas – 3 % auf 190 PJ. Auch die brennbaren Abfälle sind mit – 17,2 % auf 12 PJ gesunken. Bei Fernwärme (+ 2,9 % auf 76 PJ), elektrischem Strom (+ 1,2 % auf 224 PJ) sowie erneuerbaren Energieträgern (+ 5,3 % auf 170 PJ) stieg der energetische Endverbrauch hingegen an.

### 3.4 Bildung

Im Rahmen der nationalen Europa-2020 Ziele wurden zwei Zielwerte definiert: 38 % der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen soll ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen und die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger soll unter 9,5 % liegen.

Beide Zielwerte wurden bereits erreicht. Die Quote der Tertiären Bildungsabschlüsse erreichte 2012 38,3 % (einschließlich ISCED 4a). In Österreich ist die Studienanfängerquote im Tertiärbereich in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Laut OECD<sup>21</sup> sind die Studienanfängerquoten von 27 % im Jahr 1995 auf 52 % im Jahr 2011 gestiegen. Im Wintersemester 2013 erreichte die Zahl ordentlicher Studierender an den öffentlichen Universitäten 272.837<sup>22</sup>. Gleichzeitig steigt auch die Zahl der Studienabschlüsse: Die

<sup>21</sup> OECD, Bildung auf einen Blick 2013

<sup>22</sup> cf. Statistik Austria, Bildung im Überblick

37.215 AbsolventInnen im Studienjahr 2012/13 entsprechen einer Verdoppelung der Studienabschlüsse im Vergleich zum Studienjahr 2002/03. Der kontinuierliche Ausbau des Fachhochschulwesens hat in den letzten Jahren erheblich zur Erhöhung der Studienanfänger- und Abschlussquoten im Tertiärbereich beigetragen. Im Wintersemester 2013 waren insgesamt 43.593 Studierende an Fachhochschulen eingeschrieben.

Als frühe Schulabgänger werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die maximal über Bildungsabschlüsse unterhalb der ISCED Stufen 3a/b verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Dieser Anteil betrug in Österreich 2012 7,6 % ist damit gegenüber 2011 um 0,7 Prozentpunkte gesunken. Von den insgesamt rund 53.000 Personen, die 2012 über keinen weiterführenden Bildungsabschluss verfügten, führen junge Männer mit 27.000 gegenüber 26.000 jungen Frauen die Statistik an.

Da der Bildungserfolg noch immer in hohem Ausmaß von der sozialen Herkunft geprägt ist, streben die Reformen der letzten Jahre eine Verbesserung der Chancengleichheit an. Mit der Einführung der Neuen Mittelschule (siehe auch Kapitel 2 und Annex 2), dem Ausbau des Angebots ganztägiger Schulformen sowie der Einführung von zentralen Qualitätsentwicklungsmaßnahmen (z.B. Bildungsstandards, standardisierte Reifeprüfung etc.) wurden wichtige schul- und gesellschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen.

### 3.5 Armut und soziale Ausgrenzung

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ein Kernanliegen der österreichischen Bundesregierung. Im Rahmen der Europa-2020 Strategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Zahl der von Armut und Ausgrenzung gefährdeten Personen innerhalb von 10 Jahren um 235.000 Menschen zu reduzieren.

Als armutsgefährdet gilt, wenn das äquivalisierte Haushaltseinkommen unter einer Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians liegt. Für 2012 liegt der Median des Äquivalenzeinkommens bei 21.800 Euro.<sup>23</sup> Die Armutsgefährdungsschwelle betrug 2012 13.084 Euro für einen Einpersonenhaushalt, das entspricht 1.090 Euro pro Monat (12-mal im Jahr). Ergänzend dazu wird die materielle Deprivation gemessen. Materielle Deprivation liegt dann vor, wenn mindestens vier von neun – auf EU-Ebene festgelegte Kriterien – nicht erfüllt werden können: z.B. die Wohnung angemessen warm zu halten, regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen oder unerwartete Ausgaben (z.B. Reparaturen) zu finanzieren. In Österreich traf dies 2012 auf rund 4 % der Bevölkerung zu, das entspricht in absoluten Zahlen 335.000 Personen. Der dritte Indikator, der zur Messung von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung herangezogen wird, beleuchtet die Integration der Haushalte in den Arbeitsmarkt. Nach den jüngsten verfügbaren Daten von EU-SILC 2012 leben 7,7 % der unter 60-Jährigen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Das entspricht in absoluten Zahlen 490.000 Personen.

Laut EU-SILC 2012 sind in Österreich 362.000 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Frauen sind mit einer Quote von 20 % häufiger armuts- oder ausgrenzungsgefährdet als Männer (16 %). Die höchste Ausgrenzungsgefährdung nach dem Haushaltstyp weisen Ein-Eltern-Haushalte (dies sind überwiegend alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern) mit einer von Quote von 39 % auf. Auch alleinlebende Pensionistinnen haben ein überdurchschnittliches Risiko (28 %<sup>24</sup>).

Im Jahr 2012 wurde in Österreich eine methodische Umstellung bei der zugrunde liegenden Erhebung EU-SILC umgesetzt: Die einkommensbasierten Informationen wurden erstmals

<sup>23</sup> cf. Statistik Austria. In der Erhebung des EU-SILC 2012 wurde eine Methodenumstellung durchgeführt. Erstmals wurde auf Verwaltungsdaten (etwa Lohnsteuerdaten) zugegriffen, anstatt der bis dahin üblichen Befragung.

<sup>24</sup> cf. Statistik Austria, März 2014

umfassend aus Administrativdaten bezogen, was zu einer Verbesserung der Datenqualität führte, aber auch zu einem substanziellen Zeitreihenbruch; die nach der methodischen Umstellung errechnete Armutsgefährdungsquote 2012 liegt um rd. zwei Prozentpunkte über dem früheren Niveau bei 14,4%. Der Zeitreihenbruch lässt derzeit kein verlässliches Monitoring des quantifizierbaren nationalen Armutsreduktionsziels zu. Um in Zukunft wieder eine vergleichbare und aussagekräftige Zeitreihe bis zum Eurpa-2020-Basisjahr 2008 darstellen und analysieren zu können, wird Österreich Anfang 2015 umfassende Rückrechnungen für diese relevanten Jahre zur Verfügung stellen. Das österreichische nationale Statistikinstitut (Statistik Austria) konnte mit Hilfe einer ebenfalls auf Verwaltungsdaten basierenden Rückrechnung auf das Jahr 2011 belegen, dass sich das Niveau der Armutsgefährdung in Österreich nicht verändert hat, da für 2011 eine Quote von 14,5% errechnet wurde.

Dieses Ergebnis zeigt, dass es trotz der beiden Konsolidierungspakete 2011 und 2012 gelungen ist, gegenzusteuern. Damit steht Österreich auch im Gegensatz zum EU-weiten Trend<sup>25</sup>. Dass es in den vergangenen Jahren, in dem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gelungen ist den Zielpfad zu halten, ist vor allem auf die langfristig stabile sozialpolitische Ausrichtung Österreichs zurückzuführen sowie auf die zahlreichen Initiativen zur sozialen Eingliederung und zur Armutsvermeidung

Armutsbekämpfung in Österreich hat aufgrund der zahlreichen Wechselwirkungen viele Ansatzpunkte: Bildung, Ausbildung, Qualifizierungsoffensiven für wenig gut ausgebildete Arbeitskräfte, Gesundheit sowie Schaffung von Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Menschen (siehe Annex 1, Tabelle 3).

---

<sup>25</sup> Im Jahr 2012 waren in der EU 24,8 % der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das bedeutet einen Anstieg gegenüber 2011 um 0,5 Prozentpunkte bzw. gegenüber 2008 um 1,1 Prozentpunkte.

## 4. Zusätzliche Maßnahmen

### 4.1 EU-Strukturfonds – Kohärenz zwischen den Finanzierungsprioritäten für 2014 bis 2020 und den auf nationaler Ebene gesetzten Europa-2020 Zielen

Die inhaltliche Ausrichtung der österreichischen Strukturfondsprogramme orientiert sich an den Zielvorstellungen der EU-Kohäsionspolitik (wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion) und den Zielsetzungen der EU-2020 Strategie im Rahmen des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums.

Das österreichische **IWB/EFRE**<sup>26</sup>-Regionalprogramm 2014-2020 ist derzeit in Erarbeitung und soll regionalpolitische Beiträge zur Erreichung der Europa-2020 Ziele (intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) und den korrespondierenden Österreich-Zielen leisten.

Die Ausrichtung des Programms folgt im Kern einer wirtschaftsorientierten Entwicklungsstrategie. Es unterstützt die Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und den dazu notwendigen Strukturwandel und insgesamt einen paradigmatischen Wechsel hin zur Technologieführerschaft. Damit wird ein Beitrag auf Österreichs Weg zur Erreichung einer "Innovation Leader" Position geleistet. Entsprechend den Vorgaben in Art. 4 und 5 der EFRE-Verordnung und im Sinne der Konzentrationsanforderungen erfolgt eine Fokussierung auf folgende thematische Prioritäten

- (1) **Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation:**  
Regionalpolitischer Beitrag zur Unterstützung des Weges Österreichs zum "Innovation Leader" im Zuge intelligenter Spezialisierung und der Verbreiterung der betrieblichen Innovationsbasis.
- (2) **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU:**  
Die Absicherung und der Ausbau einer wettbewerbsfähigen Produktionswirtschaft und spezialisierter Dienstleistungen in innovativen (Nischen-)Angeboten.
- (3) **Übergang in ein CO<sub>2</sub>-armes Wirtschaften gestalten:**  
Vorrangig durch Steigerung der Energieeffizienz und Anwendung erneuerbarer Energien in Unternehmen sowie den Ausbau von F&E-Innovations-Aktivitäten.
- (4) **Stärkung der integrierten (städtischen) Entwicklung und neuer Formen von Kooperationen** in funktionalen Räumen für innovationsorientierte und städtische und regionale Entwicklung und des Abbaus von Nutzungskonflikten und Wachstumshemmnissen.

Die Prioritäten 1 (F&E), 2 (KMU) und 3 (CO<sub>2</sub>-Reduktion) bilden den inhaltlichen und quantitativen Kern des IWB-Programms mit über 90 % der zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel und leisten einen Beitrag zu den Zielen 2 und 3 des Nationalen Reformprogramms.

Österreich wird auch künftig am Ziel "Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2014 bis 2020" partizipieren (ETZ/EFRE). Sowohl die grenzüberschreitende, als auch transnationale Zusammenarbeit sowie die Beteiligung an den Netzwerkprogrammen wird fortgesetzt.

Der ESF wird sich auch in der kommenden Periode im Rahmen des Ziels IWB auf die Umsetzung der EU-2020 Ziele ausrichten und die Mittel sehr fokussiert einsetzen. Dementsprechend wird sich die Schwerpunktsetzung auf folgende thematische Prioritäten konzentrieren:

- (1) Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung durch Maßnahmen, die auf den Zugang von Beschäftigung für Arbeitssuchende und Nichterwerbstätige, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie auf die Vereinbarkeit von Berufs- und

<sup>26</sup> IWB/EFRE-Regionalprogramm = Operationelles Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“

Privatleben als auch auf aktives und gesundes Altern abzielen. Zusätzlich wird die Anpassung der Arbeitskräfte, der Unternehmen, der Unternehmer sowie Unternehmerinnen an den Wandel unterstützt.

- (2) Förderung der sozialen Eingliederung und Armutsbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit.
- (3) Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen durch die Verringerung der Zahl der Schulabbrecher und der Förderung des gleichen Zugangs zu hochwertiger Früherziehung und hochwertiger Grund- und Sekundarbildung. Gefördert wird ebenfalls der Zugang zum lebenslangen Lernen als auch die Steigerung der Fähigkeiten und die Kompetenzen der Arbeitskräfte.

Neben den Strukturfonds wird das österreichische Programm für die ländliche Entwicklung 2014-2020 zur Erreichung der Ziele des Nationalen Reformprogramms beitragen. Das betrifft vor allem das Emissionsreduktionsziel, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und die Steigerung der Beschäftigungsquote.

## 5. Institutionelle Aspekte

Das Nationale Reformprogramm 2013 wurde am 22. April 2013 dem Österreichischen Parlament als Bericht der Bundesregierung zur geschäftsmäßigen Behandlung vorgelegt. Der EU-Unterausschuss, der Budgetausschuss sowie das Plenum des Nationalrates haben das Nationale Reformprogramm in öffentlicher Sitzung in Verhandlung genommen und mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen.

In ihrem Zuständigkeitsbereich tragen die Länder und Gemeinden nicht nur zur Erreichung der nationalen Europa-2020 Ziele bei, sondern treiben auch die Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen voran. Dort, wo Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern existieren, wurden Vereinbarungen im Wege des Artikel 15a B-VG getroffen. Zu nennen sind hier beispielhaft die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, Energieeffizienz, Mindestsicherung, Kinderbetreuung, aber auch Maßnahmen im Bildungsbereich. Diese Vereinbarungen binden sowohl den Bund als auch die Bundesländer. Der innerösterreichische Stabilitätspakt (ÖStP 2012) regelt darüber hinaus die innerstaatliche Haushaltskoordinierung, die mittelfristige Orientierung der Haushalte und Aufteilung von Defizitquoten und Sanktionslasten. Maßnahmen, die ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Länder fallen, können beispielhaft in Annex 2, Tabelle 2, nachgelesen werden.

Auf Anregung des Wiener Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten wurde am 6. Mai 2013 ein Fachseminar abgehalten, das sich mit der Bedeutung des Nationalen Reformprogramms für die regionale und städtische Ebene befasste.

Am 18. September diskutierte der Europaausschuss des Vorarlberger Landtages die Konsequenzen der neu geschaffenen wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerungsinstrumente im Rahmen des Europäischen Semesters für die Länder. Dabei wurde betont, dass insbesondere die Länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission unmittelbare Auswirkungen auf die Länder haben, da einige der angesprochenen Politikbereiche in deren unmittelbarem Kompetenzbereich liegen. Die spezifischen Maßnahmen der Länder zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen sind in Annex 2, Tabelle 1, zusammengefasst. Die Dokumentation erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie erlaubt einen Einblick in die Umsetzungsfortschritte auf Landesebene.

Die Österreichische Bundesregierung ist bemüht, die Europa-2020 Strategie in enger Einbindung der Länder, Regionen und Gemeinden sowie der Sozialpartner und aller relevanten Interessensvertreter umzusetzen. Der gemeinsame Beitrag der Sozialpartner zum Nationalen Reformprogramm findet sich in Annex 2, Tabelle 2.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft in den Europa-2020-Prozess findet in Österreich im Verantwortungsbereich der jeweiligen Ressorts statt. Gemäß den österreichischen Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung ist man bemüht, Beteiligungsprozesse möglichst frühzeitig anzusetzen, um den bestehenden Gestaltungsspielraum entsprechend zu nutzen. Im Juni wurde im Rahmen einer Veranstaltung im Haus der Europäischen Union die vom Bundeskanzleramt beauftragte Studie „Einbindung der Zivilgesellschaft in das Reformprogramm Europa 2020“ präsentiert. In diesem Kontext wurde u.a. beispielhaft auf die im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz verankerte „Österreichische Plattform zur Begleitung der Umsetzung des Zieles zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“, oder den im Sommer 2012 gestarteten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der Partnerschaftsvereinbarungen für die neue Strukturfondsperiode sowie den Stakeholder-Dialog „Wachstum im Wandel“ hingewiesen.



Annex 1: Table 1: Reporting table for the assessment of CSRs and key macro-structural reforms

Table 1. Description of the measures taken and information on their qualitative impact										
Information on planned and already enacted measures										
CSR number (1)	CSR sub-categories (2)	Number and short title of the measure (3)	Description of main measures of direct relevance to address the CSRs				Europe 2020 targets	Challenges/Risks	Budgetary implications	Foreseen impacts Qualitative elements
			Main policy objectives and relevance for CSR (4)	Description of the measure (5)	Legal/Administrative instruments (6)	Timetable on progress achieved in the last 12 months (7)				
CSR 1 Public finances	a) Implement the budget for the year 2013 as envisaged d)	Measure 1 Fiscal framework	Strengthening fiscal discipline	Annual expenditure ceilings for the period 2014-2017	Law on a fiscal framework for 2014-17 Federal Law Gazette I No. 88/2013	Update in April 2015	none	Overall and yearly change in government revenue and expenditure (reported in mln. national currency) Contribution of EU funds (source and amounts) (11)	Qualitative description of foreseen impacts and their timing (12)	
		Measure 2 Provisional budget	Maintaining fiscal discipline	Expenditure ceilings for 2014; Cut in discretionary expenditure	Provisional budget for 2014 Adopted by the Austrian	Update in April 2014	none			

			<b>Measure 3</b> Tax package	Advancing fiscal consolidation, reducing tax evasion and increase consumption steering effects	Increased taxes on alcohol and tobacco, closed loopholes, reduction of tax expenditure and administrative burden	Adopted by the ministerial council on 29 January	parliament on 29 January				
		<b>Measure 4</b> Fiscal Council	Strengthening fiscal discipline	Independent experts on fiscal and budgetary issues; monitoring and assessment of fiscal situation and development; analysing quality and sustainability of public finances	Law on establishing a fiscal council  Federal Law Gazette I No. 149/2013						

																								<p><b>b) Attainment of MTO by 2015</b></p>	<p><b>Measure 1</b></p> <p>Health sector reform</p>	<p><b>Measure 2</b></p> <p>Administrative Reform of School Authorities</p>	<p><b>Measure 1</b></p>	<p><b>c) Streamline fiscal relations between layers of government</b></p>	<p>Increasing efficiency</p>	<p>Increasing efficiency</p>	<p>No measures</p>	<p><b>a) Bring forward the harmoni</b></p>	<p>Cost reduction path for health spending, common target system for all levels of governments</p>	<p>Reduction of number of hierarchical layers in educational administration</p>	<p><b>CSR 2</b> Pensions and older workers</p>				

<p>sation of pensionable age for men and women</p> <p>b) Increase the effective retirement age by aligning the retirement pension benefits to changes in life expectancy, implement and monitor the recent reforms restricting access to early retirement</p>	<p><b>Measure 1</b> Reform of the disability pension scheme ("Disability in transition II")</p>	<p>Keep and reintegrate people with disabilities on the labour market.</p>	<p>The focus is set on mental illness. The objective is to enhance successful procedures to keep and reintegrate people with mental illness and disabilities on/into the labour market.</p>	<p>Budgetbegleitgesetz 2011</p>	<p>Phase out of the original regulation with 2013.</p>	<p>Contribution to employment target by restricting access to early exit channels.</p>	<p>Contribution to employment target.</p>		
---	---	--	---	---------------------------------	--	--	---	--	--

b) by increasing the number of required contribution months for women (stepwise from 504 to 540 months)  
 c) by reducing the number of periods which count as “substitutional insurance periods” ; Only times spend in the military service and/or alternative civilian service and times spend on raising children are credited as contribution months.

					2. Stabilitätsgesetz 2012	In force since 2013.		For birth cohorts 1955 and downward s (62 years old in 2017) the yearly deduction will be elevated from 4.2% to 5.1% for claiming a corridor pension before reaching the statutory retirement age.	Contribution to employment target.				
	<b>Measure 3</b> Amendment of the corridor pension	Reduce inflows in this pension scheme.	The required insurance period will increase stepwise to - 38 years in 2013 - 38.5 years in 2014 - 39 years in 2015 - 39.5 years in 2016 and - 40 years in 2017.  The same precondition is valid for another early retirement scheme, which will phase out in 2017.		SRÄG 2012	In force since 2014	<i>As in column 5 described: yearly increase of required insurance period until 2017.</i>	Contribution to employment target.					
	<b>Measure 4</b> "New disability pension"	Reduce access to this pension scheme	Only in cases of permanent disability entitlement to a disability										

pension will be granted and for those born in 1964 and downwards no access to a (limited) disability pension will be granted.

On 1.1.2014 a competence - center (organisation where decisions are taken on disability – either in a medical or in an occupational rehabilitation path) was established.

Rehabilitation and retraining measures are obligatory (legal entitlement)

Gradual increase of

	<p><b>Measure 5</b> Introduction of the "account credit model"</p>
	<p>The retirement account is to serve as a further incentive for employees to remain in gainful employment</p>
<p>the present benchmark for the qualifying to disability pension from 57 years to 58 years (2013, 2014), 59 years (2015, 2016) and 60 years (2017).</p>	<p>With the introduction of the new retirement account on 1.1.2014, the annuity rate can be calculated on the basis of just one retirement account system. This instrument creates a standardised pensions account for all insured individuals, makes pension calculations clearly</p>
	<p>2. Stabilitätsge setz</p>
	<p>Since 2014 there is no other retirement calculation any more, exclusively the new retirement account takes effect.</p>
	<p>Contribution to employment target.</p>

				<p>understandable and also any pension entitlements readable in the respective statement. A working group composed of representatives of social insurance agencies and the social ministry is appointed to configure this respective statement in a transparent and comprehensible way.</p>	<p>The monitoring will be conducted twice a year and comprehends labour market and early retirement (55 years-old and older).</p>	<p>Government programme 2013-2018</p>	<p>Legal anchoring</p>				
--	--	--	--	---	---	---------------------------------------	------------------------	--	--	--	--

employment rate of older workers.

(Thereby the monitoring will cover socioeconomic features and according to disability pensions also causes of disability and industries, people worked in.) The monitoring will also include an evaluation of the effective retirement age, the employment rate and the implemented measures. In case the development of the effective retirement age and employment rate won't accord to certain determined criteria,

	c) <b>Employability of older workers</b>	<b>Measure 1</b> "fit2work"	Preservation of employability, reduction of sick leave and reduction of the yearly inflow into the disability pension scheme; increase of employment rate of older workers	other measure will be set immediately	Voluntarily information and counselling service	Started in 2011; Nation-wide roll-out completed in 2013.  @fit2work launched in Spring 2014.  On-going evaluation and further development		Contribution to employment target (see also table 3)				The evaluation of the pilot showed that each Euro spent has at least a threefold return within one year, while some studies speak of a return on investment of up to 1:10
--	---	--------------------------------	--	---------------------------------------	---	---	--	--	--	--	--	---





	<p>Contribution to employment target (see also table 3).</p>
	<p>Evaluation in 2014 and further development</p>
<p>for unemployed and employee)</p>	<p>LMP pilot projects for persons with health impairment e.g. "smartwork" or "triga"; Targeted projects with step by step re-integration (preceding assessment of working capacity and medical rehabilitation) e.g. starting with work practice by the hour; temporary subsidised employment and subsequently follow-up support in the workplace.</p>
<p>Measure 5 LMP pilot projects</p>	<p>Reduction of sick leave and reduction of the yearly inflow into the disability pension scheme</p>

<p><b>CSR 3</b> <b>Labour market</b></p>	<p><b>a)</b> <b>Labour market participation among women</b></p>	<p><b>Measure 1</b> Women in Crafts and Technology "FIT"</p>	<p>Labour market policy programme to increasingly qualify women in handicraft and technology, i.e. non-traditional professions, and thereby sustainably improve their income and labour market opportunities; reduction of gender segmentation in the labour market</p>	<p>The programme offers certified qualification in technical professions – training in apprenticeships, technical vocational schools and colleges or universities of applied science, preparatory and supporting measures, basic technical qualification, counselling and supervision during the training</p>	<p>Legal Basis: Labour Market Service Act, 1994</p>	<p>Continuation ; Successful programme (also for migrants)</p>	<p>Contribution to employment target, poverty / social inclusion target (see also table 3)</p>		
		<p><b>Measure 2</b> Return to a working life with a future</p>	<p>Facilitating reintegration into working life for women who had interrupted their careers for family reasons.</p>	<p>The Public Employment Service (AMS) supports women returning to work after a child-care phase with specialised information</p>	<p>Legal Basis: Labour Market Service Act, 1994</p>	<p>Continuation ; is expected to be expanded in 2014</p>	<p>Contribution to employment target, poverty / social inclusion target (see also table 3)</p>		



Market (NAP Gender Equality)	the position of women in the labour market and gender equality. According to four strategic targets the NAP contains a package of 55 concrete measures. The aim was to pool relevant activities and to ensure a coordinated approach, thus improving the consistency and coherence of governmental policies.	gender sensitive career guidance. 2. Increase labour force participation and full-time employment of women. 3. More women in executive positions. 4. Reduce the gender pay gap	Council of Minister's resolution 93/23; part of the NAP Gender Equality	Annual Progress Report in March 2013; the average representation of women in	The next progress report is due in March 2015.	employment target	none		
		d (64% compared to 58 % last year) and another 14 measures (25%) have been implemented partly or are currently being implemented.							

				boards of state-owned or partly state-owned companies to 25 per cent by 2013 and to 35 per cent by 2018.	Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution concerning the	Extra expenditure of the federal government of 100 million Euro and	Increase quantity and quality of child care facilities according to the Family and Job	In 2012 92,3% children in the age of 3-5 years and 22,9% of children under 3	Extra expenditure of 350 mio Euro of the federal government until	employment target, poverty / social inclusion target	none	
			supervisory boards of state-owned companies is 36% ; in 42 (35 in 2012) companies women represent 25% of board members; in 22 (19 in 2012) out of them the female share reaches already 50%; however, in 13 (20 in 2012) of the 55 relevant companies the representation of women is still below the predetermined level of 25%	Extra expenditure of 350 mio Euro of the federal government until	employment target, poverty / social inclusion target	none						











	<p><b>d)</b> Reduction of tax and social security burden on low-income earners</p>	<p><b>Measure 1</b> Reduction of non-wage labour costs</p>	<p>Reduction on non-wage labour costs</p>	<p>In order to reduce non-wage labour costs the Parliament voted in a cut to the contribution to the accident insurance by 0.1% to 1.3% as of July 2014. The employer's contribution to the IEF (Insolvenz-Entgeld-Fonds) was lowered as well from 0.55% to 0.45% as of January 2015.</p>	<p>Two legal frameworks (Art. 15a BVG Vereinbarungen) enacted May 2013. Health Reform Act (including target-based health</p>	<p>Legal and administrative instruments on the federal level were enacted on time to ensure timely implementation of the agreed</p>	<p>All operative objectives and measures in the federal target-based governance agreement include a deadline</p>					
<p><b>CSR 4</b> Healthcare and long-term care system</p>	<p><b>a)</b> Implementation of health care reforms</p>	<p><b>Measure 1</b> Target based health governance</p>	<p>Implementation of the target-based health governance ("Zielsteuerung-Gesundheit") according to the objectives and measures list.</p>	<p>The federal target-based governance agreement ("Bundes-Zielsteuerungsvertrag") contains 12 strategic and 26 operative objectives covering health care structures,</p>	<p>Health Reform Act (including target-based health</p>	<p>Legal and administrative instruments on the federal level were enacted on time to ensure timely implementation of the agreed</p>	<p>All operative objectives and measures in the federal target-based governance agreement include a deadline</p>					





<p><b>CSR 5</b> Education and higher education</p>	<p><b>General remark on CSR 5:</b> Since the three subcategories of the CSR are heavily interconnected, the sub-items a) to c) are taken together in accordance with the CSR wording.</p>	<p>Group on securing the Austrian long-term care"</p>	<p>dependency, one more care leave up to 3 months is possible. Per each dependent family member, the relatives in care-leave have a title for financial support (so called Pflegekarenz geld) for up to 12 months. Social insurance is paid by the government.</p>	<p>financial support) and in insurance law (free insurance during the care-leave)</p>	<p>01/2014</p>	<p>the paid care-leave, people furthermore don't have to quit their job to arrange a care situation for their relatives and get financial support and free social insurance.</p>				
--	---	---	--	---	----------------	--	--	--	--	--

<p>a) to c)  <b>Improve of educational outcome in particular of disadvantaged young people, including by enhancing early education and reducing the negative effects of early tracking</b></p>	<p><b>Measure 1</b>          Ready for education and training "AusbildungsgFit"</p>	<p>Fit for Training programme "AusbildungsgFit" - labour market policy tool to help young people leaving unstable labour market positions (lacking appropriate qualifications and/or connection to the labour market)</p>	<p>Fit for Training programme is designed to give young people unable to meet the requirements of vocational training a second chance to acquire basic skills, orientation and motivation enabling them to continue their training/education pathways.</p>	<p>Nation-wide implementation is planned in 2015</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p> <p>Reduction of the drop-out rate</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>
<p>www.parlament.gv.at</p>	<p><b>Measure 2</b>          Bonus for companies</p>	<p>Entry into regular VET track</p>	<p>Financial incentives for enterprises to take over apprentices from an ÜBA (€ 1,000 per person)</p>	<p>Since September 2013</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>	<p>Contribution to early school leaving target (see also table 3)</p>

	<p><b>Measure 3</b></p> <p>New secondary school (Neue Mittelschule -NMS)</p>	<p>The NMS is a joint school for 10- to 14-year-olds which avoids early tracking at the age of 10 and is based on modern educational concepts and a performance -based teaching and learning culture. The objective is to create a modern performance -oriented school with a new learning culture. The new culture of learning and teaching is achieved through individualisation and targeted support in cases of weaknesses and</p>	<p>Amendment of the Schools Organisation Act (April 2012) and a general changeover.</p>	<p>The nationwide introduction of the NMS started in September 2012. 2013-14 (start of the 6<sup>th</sup> generation of NMS); 552 new classes. Learning Designers attend a two-year national qualification programme. School principals and learning designers attend one national networking symposium/ year to further foster their role as change agents. The proportion</p>	<p>2014/15: According to the plan, a total of 1.073 schools will be transformed into NMS (95,9 % of all secondary schools by Sep. 2014) 2015/2016: all remaining lower secondary schools (46) will be involved in the process, which will be completed on all levels in 2018/19.</p>	<p>The measure is one of the central structural projects to improve educational outcomes, reduce early school leaving and enhance equal opportunities - especially for disadvantaged young people. It therefore contributes to the achievement of the EU 2020 education target.</p>	<p>Full implementation of the measure depends on the long-term commitment of all stakeholders involved. Since academic secondary schools (Gymnasium) continue to co-exist, the creaming effect they have on new secondary schools is still a fact to be reckoned with.</p>	<p>The current dropout rate will decrease: more pupils will successfully pass the secondary school level (NMS) and more pupils will be entitled to move on to middle or higher level schools. The results of a broadly based evaluation are expected for the first half of 2015.</p> <p>The recent testing of educational standards (English 8<sup>th</sup> grade) has shown that the NMS scored better in providing equal opportunities. Both the gaps between the performances of boys and girls and those of pupils with and without migrant backgrounds were significantly smaller compared to other school types.</p>
--	--	--	---	---	--	---	--	--

								of students who were entitled to progress to the upper stage of academic (AHS) and vocational (BHS) secondary schools has increased by 11.38 % (June 2013) compared to the last year of secondary modern school (June 12).	On 4 December 2012 the Government agreed on a further expansion of all-day school places, in July 2013 the expansion was agreed between the Federal level and the Länder. Currently,	Until 2014, the Federal Government is investing EUR 320m in school-based care. From 2014-2018, EUR 160m per year will be invested. Overall, around 200,000	The measure contributes to the achievement of the EU 2020 education target.			Improving equality of opportunities and compensating for socioeconomic disadvantages. All-day school types also have a positive effect on pupils with migrant backgrounds, on the atmosphere in the school and on social interaction. All-day school types are also of great importance (and proven effectivity) with regard to social and labour market policy issues (e.g. the compatibility of work and family life, women's employment).
strengths as well as a strong emphasis on formative assessment	Improving equality of opportunities and compensating for socioeconomic disadvantages. Enhances opportunities for full-time employment of parents	Expansion of all-day care places at primary and secondary schools which should bring the number of all-day school places up to 200,000 (excluding the supervised places at care centres outside	Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution Act signed with the Länder											
	<b>Measure 4</b> Further expansion and development of all-day school places													

				<p>school) by 2018.</p>	<p>Resolution of the national Ministerial Council in July 2011</p> <p>The following structures were established for the implementation</p>	<p>more than 130,000 students (19,4%) make use of the offers of school-based afternoon care, or attend a combined all-day school. This figure is 16% at compulsory schools and 36,1% at federal schools (lower stages of academic secondary schools).</p>	<p>May 2013: second monitoring report on the implementation was presented. June 2013: the second report on implementation was presented to</p>	<p>places are to be offered by 2018-19, representing a rate of approx. 30%.</p>	<p>May 2014: third monitoring report on implementation will be presented. June 2014: third report on the status of</p>	<p>Via the integrated inclusion of education policy, labour market policy and social policy aspects, the level of skills and qualifications of the Austrian population as a whole will be</p>	<p>Cross-cutting cooperation in all competence and policy areas; establishment of the necessary governance concepts and avoidance of specific interests of individual</p>		<p>In 2020 at the latest, people of all ages should have better access to education. Target groups with a special need for support should encounter better overall conditions, permeability will be improved overall, and legal obstacles broken down. The recognition of non-formally and informally acquired competences is to be</p>
--	--	--	--	-------------------------	--	---	--	---	--	---	---	--	---

noticeably improved.

actors;  
long-term  
safeguarding of  
the necessary  
funding.

improved, and  
the  
competitively  
and  
performance  
levels of the  
subsystems  
will be  
enhanced. The  
strategy is  
therefore also  
an important  
contribution  
towards equal  
opportunities  
in Austria,  
across all  
educational  
and life phases  
of the  
population.

implemen  
tation to  
be  
presented  
to the  
Federal  
Governme  
nt.  
Establishm  
ent of  
further  
working  
groups

the Federal  
Government  
. Ten  
working  
groups have  
been  
established,  
working on  
measures in  
accordance  
with the ten  
lines of  
action to  
achieve the  
LLL  
objectives.

ion of the  
LLL:2020  
strategy by  
the Federal  
Government  
:  
overall  
control will  
be carried  
out by a  
Task Force  
consisting of  
the four  
responsible  
ministries  
(Education;  
Science;  
Labour and  
Social  
Affairs;  
Economy,  
Youth and  
Families).  
Implementat  
ion will be  
ensured by  
the National  
Platform  
consisting of  
around 30  
representati  
ves from a  
wide range  
of fields.

conditions  
for lifelong  
learning for  
people from  
preschool  
education to  
the post-  
retirement  
phase.  
The  
achievement  
of goals will  
be measured  
using 12  
strategic  
targets and  
indicators  
and a  
budget  
target.

education.

	<p><b>Measure 6</b> Initiative for Adult Education: Free second-chance education for the provision of basic educational qualifications for adults</p>	<p>Equal opportunities and increase in the education levels of educationally disadvantaged persons.</p>	<p>Free offers of courses for basic education and basic competence as well as a second chance to pass the compulsory school certificate. This is based on general quality standards: a new Compulsory School Examination Act (since 1.9.2012) which contains adult-appropriate and modern forms of implementation with competence-orientated, cross-curricular programmes which are tailored to the target groups,</p>	<p>Agreement according to Section 15a of the Constitution between the Federal Government and the provinces in order to implement the Initiative for Adult Education. Federal Act on the acquisition of the compulsory school certificate by young people and adults (Compulsory School Examination Act) (Federal Law Gazette I No. 72/2012)</p>	<p>Implementation of measures within the framework of the Initiative for Adult Education since 1.1.2012. Implementation of the new framework for a second chance to pass the compulsory school certificate is in practice since autumn 2013. Evaluation of the program in preparation of the next phase.</p>	<p>Negotiations will be started for the continuation of the Agreement from 2015 onwards.</p>	<p>Increase of qualification levels, the reduction of disadvantages.</p>	<p>Provision of necessary budgetary means.</p>		<p>Reduction of the number of persons without basic education, increase in the number of persons with basic educational qualifications, increase in the permeability of the education system.</p>
--	---	---	--	---	--	--	--	--	--	---

				taking their living situations and their particular potential into account. The strategy combines measures at the governance level, school-related and student-related measures such as youth coaching, social work and guidance.		Development of the strategy under the overall control of the Federal Ministry of Education, the Arts and Culture and with the involvement of the Federal Ministry of Labour, Social Affairs and Consumer Protection and the Ministry of the Economy, Families and Youth, as well as the social partners.	Continuation of the measures and actions foreseen in the strategy. Nationwide continuation and monitoring of youth coaching (see also measure 6).	The measure contributes to the fulfilment of the EU 2020 education targets.	Coordination of measures at different levels inside and outside the school system and between different stakeholders. Reachability of NEETs (not in education, employment and training)		The strategy is intended to combine the current measures and activities in the field of ESL and to bring the three strategic pillars of prevention, intervention and compensation under a common roof. This roof should combine structural – i.e. system-changing – and school-specific measures with student-centred counselling approaches to form a whole. In this way, visible effects in the form of the prevention of educational disadvantages and early school leaving are expected.	
			Further reduction of the ESL rate of currently 7.6 % (2012). Promotion of networking and cooperation between the relevant institutions and stakeholders. Support for teachers and head teachers in the further development of school and instruction quality to reach out to students at risk.									
			<b>Measure 7</b> Implementation of the early school leaving strategy									

		<p><b>Measure 8</b> Youth and apprentice coaching to combat dropping-out</p>	<p>Provision of support and career orientation for students /apprentices at risk of dropping out. Youth coaching starts at compulsory school level.</p>	<p>Youth coaching is a measure to keep young people in the education and training system as long as possible or alternatively reintegrate them into the system. Apprentice coaching tries to avoid young people dropping out of the dual system. It is a pilot project in four provinces in Austria (Vienna, Tyrol, Styria, Upper Austria)</p>	<p>The cooperation project between the Ministry of Social Affairs and the Ministry of Education has been completely implemented by institutions commissioned by the Federal Social Welfare Office.</p>	<p>Nationwide extension of youth coaching in 2013</p>	<p>Cooperation with BMASK to support the follow-up measure "Fit for Training" (AusbildungsgFit) which is funded by BMASK and started in 7 provinces in January 2014</p>	<p>Further reduction of the rate of early school leavers and dropouts in the dual system (improving the ESL rate).</p>		<p>Youth coaching is an external measure at school to deal with ESL; the new support system will improve the counselling system with a strong focus on disadvantaged students, especially with migrant backgrounds. Youth coaches are social workers or psychologists who support students at risk in a three stage counselling process that is based upon the notion of case management. Youth coaching provides educational and career orientation as well as support for students with special needs.</p>
	<p><b>Measure 9</b> Educational and professional career guidance</p>	<p>Optimal promotion and support of students in their educational and career choices</p>	<p>Anchoring of "career guidance" (BO) as a subject in lower secondary schools</p>	<p>Curriculum regulations of the new middle school (NMS) and academic secondary</p>	<p>NMS Curriculum from September 2012: Defining the extent of the hours; at</p>	<p>Definition and implementation of quality standards for the implement</p>	<p>Contribution to the achievement of the EU 2020 education target by reducing the number of</p>	<p>Placement of BO in the training of teachers; securing a sufficiently large number of well qualified</p>		<p>Pupils make well-prepared education and career choices. This will reduce the number of school changes and school drop-outs.</p>

along individual interests and talents. Reduction of early school leavers	Obligation of schools to create a site-specific implementation concept. Qualification measures for teachers	school (AHS) Circular (RS) 17 from 2012	least one hour as a separate teaching subject. RS 17 (2012): Steps to implementation of site-specific concepts; establishes a connection to SQA (school quality in education) 2012: Guidelines for the training courses "BO teacher" and "BO co-ordinator" in university colleges for teacher education 2012-14: Implementation of the nationwide train-the-Trainer course	tation of schools by 2015. Further specific measures in the AHS (building on the existing curriculum directive) from 2015 or 2016	changes between schools and of early school-leavers through well-prepared education and career choices.	and motivated teachers; coordinating the various school and extracurricular measures, placement in the lower level AHS.		

						<p>"ibobb" (information, advice and guidance for education and career)</p>	<p>From the school year 2013/14 models of comprehensive language support are implemented in all provinces in co-operation of the regional education board, university teacher training colleges, schools and kindergartens.</p>	<p>The measure helps to improve educational outcomes, reduce early school leaving and enhance equal opportunities – especially for disadvantaged young people. It therefore contributes to the achievement of the EU 2020 education targets.</p>			<p>Improved language and reading outcomes of children, in particular those with a migrant background and/or from a socially disadvantaged background. Pupils will acquire language skills they need to follow lessons and towards improved academic performance. This will also make it possible for them to participate actively in lessons and improve their integration into the class. Better transitions between kindergartens and the school-entry phase.</p>
<p><b>Measure 10</b></p> <p>Improve reading and language competences, in particular support for pupils whose first language is not German</p>	<p>Improve the language and reading outcomes of children, in particular those with a migrant background and/or from a socially disadvantaged background</p>	<p>Further development of comprehensive models of language support. Establishing language levels and providing German language support in nursery schools (since 2008).  Language support in preschool and primary school settings Language support courses for "irregular" (ex-matricular) pupils whose first language is</p>	<p>Amendment of the School Organisation Act (2012) in order to consolidate language support courses. Published in the public gazette 79/2012</p>	<p>Extension until the school year 2013-14 of the two-year language courses for children who have the status of 'ex-matricular pupils' whose second language is German. This applies to all pupils in compulsory schools providing general education and the lower stage of academic secondary schools (AHS).  <a href="http://www.schule-mehrsprachig.at">www.schule-mehrsprachig.at</a> website</p>							



<p>-oriented curricula. Focus on basis competences and cultural skills.</p>	<p>The policy goal is to implement an overall concept for initial training for all pedagogic professions (also for pre-school teaching, social education and other fields of teaching).</p>	<p>Adoption of legislation in National Assembly in December 2013, with i.a.</p>	<p>Federal Law Gazette I No. 211/2013</p>	<p>Federal Framework Law on the introduction of the new teacher education (Bundesrahmengesetz zur Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen), Federal Law Gazette I No. 124/2013)</p>	<p>Resolution of the national Ministerial Council in November 2013</p>	<p>Co-operation agreements between training institutions towards the implementation of the new teacher education. Monitoring of the respective developments through Quality Assurance Board.</p>	<p>This measure has systemic effects on the entire educational system in Austria and contributes towards the fulfilment of the EU 2020 education targets.</p>	<p>Securing a continuous readiness to cooperate across the concerned training institutions.</p>	<p>Nationwide reform of Austrian teacher training with a systemic impact on the entire education system.</p>
<p><b>Measure 12</b></p> <p>Reform of teacher education (PaedagogInnenbildung NEU)</p>									
<p><b>Measure 13</b></p> <p>New legislation on the employe</p>	<p>- Bring legislation on employment and payment of teachers in</p>	<p>Adoption of legislation in National Assembly in December 2013, with i.a.</p>	<p>Federal Law Gazette I No. 211/2013</p>	<p>Federal Framework Law on the introduction of the new teacher education (Bundesrahmengesetz zur Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen), Federal Law Gazette I No. 124/2013)</p>	<p>Resolution of the national Ministerial Council in November 2013</p>	<p>In the first 5 years of the transition from the old to the new</p>	<p>This measure has systemic effects on the entire educational system in Austria and</p>	<p>Securing a continuous readiness to cooperate across the concerned training institutions.</p>	<p>Nationwide reform of Austrian teacher training with a systemic impact on the entire education system.</p>
								<p>Increased attractiveness of the teaching profession for newcomers and side-entries. Increased quality of the education system and enhanced educational outcomes.</p>	





		<p>examination (Matura).</p> <p>conditions for all students. Ensuring the highest possible level of transparency and comparability of the examination requirement; objectivity, comparability and therefore fairness of the assessment procedures; long-term safeguarding of competence; reliable evidence of actually acquired knowledge and abilities; increased aptitude for higher education; European comparability of</p>	<p>diploma examination creates the same basic competences and the same basic conditions for all students, and therefore provides objectivity. In this way, quality standards are set for all of the approx. 45,000 examination candidates.</p>	<p>secondary schools and educational institutions. These provide for three independent sub-areas (the so-called three pillar model).</p>	<p>vocational secondary schools and educational institutions. University institutes, specialist working groups and independent experts were commissioned by the Federal Institute for Educational Research on behalf of the Federal Ministry of Education, the Arts and Culture to formulate standardised tasks and questions. 308 academic secondary schools and 71 vocational secondary schools have implemented</p>	<p>time in the 2014/15 school year, and then at all BHS in 2015/16. Until then, schools which have already prepared themselves well for the new elements of the New Matura are able to offer the New Matura as a complete package in the 2013/14 school year (AHS) and 2014/15 (BHS) or as pilot projects.</p>	<p>particularly via the increase of students' ability to move on into third level education.</p>		<p>vocational schools and colleges in Austria.</p>
--	--	---	--	--	--	--	--	--	--



(VET) <a href="http://www.qibb.at">www.qibb.at</a>	learning at VET schools and colleges, and the quality of administrative work at all levels of the VET school system (federal, regional, and school level). QIBB is intended to support and intensify autonomous and professional action by actors at every level of the system.	d in QIBB as a target-driven process of continuous improvement according to the model of the four-phase quality assurance cycle (plan – do – check – act). The process is steered, supported and structured by the deployment of specific quality management instruments as well as an agreement on nationwide quality priorities.	Inspection Act Federal Law Gazette I No. 28/2011, Section 18 (in force since 01.09.2012) School Instruction Act Federal Law Gazette I No. 29/2011, Section 56 (2) (in force since 21.5.2011) Recommendation of the European Parliament and of the Council of 18 June 2009 on the establishment of a European Quality Assurance Reference Framework for Vocational Education and Training	tool for VET schools and colleges). - Autumn 2013: pilot phase of in-service training for quality process managers and senior managers within the framework of QIBB. - By the end of 2013: Federal quality reports for the implementation period 2010-12.	within the framework of QIBB.	target.
---	---	--	--	---	-------------------------------	---------

			<p><b>Measure 18</b> Polytechnic School PLUS</p>	<p>Polytechnic school (PTS) as a guidance and transitional school with optional and compulsory modules for catching up on entitlements ; individual support and personality development through modular tuition.</p>	<p>Development of competence-oriented curricula in the subject areas with individual priorities according to interest, inclination and abilities of students; Development and implementation of individualization and modularization on concept; implementation of a new learning culture based on the NMS (see measure 1) and a new form of</p>	<p>(2009/C 155/01), Official Journal of the European Union C 155/1 of 8.7.2009</p> <p>Beginning of the quality initiative with the school experiment "PTS 2020" in the school year 2013/14.</p>	<p>The nationwide school experiment was launched in September 2013 in 11 pilot schools with the primary goal of the development and implementation of the individualization and modularization on concept in the basic vocational education and personality education using a new form of performance appraisal and the new</p>	<p>In autumn 2014, 3 more pilot schools will conduct the school experiment. Next steps are the development and implementation of a competence-oriented curriculum with individual priorities, and the individualization and modularization in the area of general education.</p>	<p>Better options for the transition from school to the world of work and an individual preparation for further education or career; a positive effect on the reduction of youth unemployment and the number of early school leavers.</p>	<p>Restructuring and re-orientation of an existing school-type.</p>	<p>Due to the development stage, figures cannot yet be given; as a school experiment cost-neutral</p>	<p>Increased appreciation of the PTS through improved qualification measures and training and enhanced attractiveness of the school type with a particular focus on decisions on the professional and/or educational orientation of students at the end of general compulsory school.</p>
--	--	--	--	--	--	---	---	--	---	---	---	---

													Goals: increasing quality and funding in Austrian HE in research and teaching.	
													Increase the number of HE graduates.	
													Suitable transitional provisions and access regulations will be established until 2021	
		learning culture based on the NMS.											Preparatory measures for the introduction of the new university funding are implemented with performance agreement 2013-2015  The first stage involves improving the learning conditions for higher education studies that is supported by allowing access restrictions in five fields of study which are in especially high demand and by creating 95 additional professorships in those	
			Law											
		performance appraisal.	Capacity-oriented university funding											
				Implementation of capacity-based university funding based on enrolment										
			Measure 1 Capacity-based university funding											
				d) Further improvement of strategic planning in higher education										



					<p>in the field of cost-intensive research infrastructure</p>						<p>III-71 der Beilagen XXV. GP - Bericht - 02 Hauptdokument Teil 1 (gescanntes Original)</p>
					<p>Performance agreement</p>	<p>Continuous implementation: subsequent steps will include a systematic overview of international cooperation activities as a starting point for further coordinated decisions.</p>		<p>Increase the number of HE graduates</p>			
		<p><b>Measure 3</b> Increase the number of study places in Universities of applied sciences</p>	<p>Increase the number of study places in Universities of applied sciences (ISCED 6-7)</p>	<p>Qualitative and quantitative development and consolidation of the Universities of Applied Sciences</p>		<p>521 new places were financed in 2012-2013 and 505 in 2013-2014</p>	<p>534 new places will be financed in 2014-2015</p>				
<p>e) Reduction of drop-out rate in higher education</p>			<p>Broadening the financial base for the financing of higher education</p>	<p>Raising the global contribution to the universities budget</p>			<p>2013-2015</p>				

									III-71 der Beilagen XXV. GP - Bericht - 02 Hauptdokument Teil I (gesanntes Original)	
									Improvement of the teaching and overall study situation	Increase the number of HE graduates
2013-2015	2013-2015									Increase the number of HE graduates.
									See above d) Measure 1	
									Law and Verordnung/ Verordnung/ Decree	
Offensive funds	Higher education area structural funds	Incentive for raising of private funds in order to broaden the financial base of higher education institutions	Allocation of funds depends on "number of testing active studies"	Funds for "Number of graduates of bachelor, master and diploma studies with a weighting according to subject groups"					Verordnung/ Decree	
		Improvement of conditions for studies in higher education/future capacity arrangements	Increase in the number of testing active studies, as well as increasing the number of graduates						Verordnung/ Decree	
		<b>Measure 1</b> Conditions for studying	<b>Measure 1a</b> New regime for allocation of funds							





<p><b>CSR 6</b>  <b>Competition and services</b></p>	<p><b>a)</b>  <b>Strengthening of powers and resource of the Federal Competition Authority</b></p>	<p><b>Measure 1</b>                  Reform of Competition law and structural reforms</p>	<p><b>Measure 2</b>                  More transparency in antitrust proceedings</p>		<p>orientation period shall include at least two examination s. The goal of the orientation period is the fundamental orientation to the contents of the studies and not a quantitative admission restriction.</p>	<p>Infringements should not become time-barred during investigatory measures.</p>	<p>Reform of transparency; e.g. through clear, detailed explanatory statements in the adjudge-</p>	<p>Reform of transparency; e.g. through clear, detailed explanatory statements in the adjudge-</p>		<p>Legislation</p>							<p>Fairness of Business Environment; Consumer Welfare</p>	<p>Fairness of Business Environment; Consumer Welfare</p>	<p>Fairness of Business Environment; Consumer Welfare</p>		<p>Coordination of the ministries (Federal Ministry of Economy, Federal Ministry of Justice)</p>	<p>Coordination of the ministries (Federal Ministry of Economy, Federal Ministry of Justice)</p>	<p>Coordination of the ministries (Federal Ministry of Economy, Federal Ministry of Justice)</p>						<p>More efficiency in investigating infringements. Reduction of the risk that an infringement could become time-barred during the ongoing investigatory actions.</p>	<p>More efficiency in investigating infringements. Reduction of the risk that an infringement could become time-barred during the ongoing investigatory actions.</p>	<p>More efficiency in investigating infringements. Reduction of the risk that an infringement could become time-barred during the ongoing investigatory actions.</p>	<p>More efficiency in enforcement.</p>
--	--	---	---	--	--	---	--	--	--	--------------------	--	--	--	--	--	--	---	---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

			<p><b>b) Removal of excessive barriers for service providers</b></p>	<p><b>Measure 1</b> transparency initiative</p>	<p>ment also when there is a waiver to file an appeal.</p> <p>Austria is participating in the transparency initiative according to the recently modernized Directive on professional qualification requirements (2005/36/EC ; 2013/55/EC)</p>	<p>ment also when there is a waiver to file an appeal.</p> <p>This initiative covers all sectors concerning regulated professions that means professions with qualification requirements.</p>	<p>At present the "mapping" of the professions is taking place, this means all regulated professions are being listed and described.</p>	<p>Afterwards there will place exact analyses of the justifications as well as a mutual evaluation during the next months.</p>	<p>These measures will give an overview, if and in which areas an overregulation of qualifications is existing in Austria. If and to what extent reforms will be necessary can only be estimated when the results of the initiative are available.</p>		
				<p><b>Measure 2</b> Reform of photographer trade act</p>	<p>ment also when there is a waiver to file an appeal.</p> <p>Former regulated trade of a photographer 2013 has become a free trade without any more qualification requirements</p>	<p>decision of high constitutional court</p>					

			<p><b>Measure 3</b> Reconstruction of Trade register</p>	<p>The Trade register is now under complete reconstruction on what will lead to much improved functioning and improved possibilities of electronic application and procedures (time target 2015).</p>							
			<p><b>Measure 4</b> impact assessments</p>	<p>outcome oriented impact assessments for all new trade law legislative acts</p>	<p>The second stage of the federal budget reform contains outcome oriented impact assessments . This assessment gives outcome information for laws, ordinances, other legal frameworks and major projects. This includes</p>	<p>This relevant second stage of the federal budget reform entered into force on 1 January 2013</p>					

<p>a problem analysis, objectives and measures including indicators as well as an assessment of impacts on enterprises, citizens and in several other aspects including financial consequences. This assessment is also applied for all new trade law legislative acts.</p>	
	<p>No measures</p>
	<p><b>Measure 1</b></p>
	<p><b>c) Promotion of competition in rail transport</b></p>

<p><b>CSR 7</b> Financial stability</p>	<p><b>a)</b> Strict oversight of nationalised and partly nationalised banks, acceleration of restructuring</p>	<p><b>Measure 1</b> Bank intervention and restructuring</p>	<p>Stabilising financial markets</p>	<p>Early intervention and resolution powers to supervisory authorities in case of mismanagement of banks</p>	<p>Bank Intervention and Restructuring Act Federal Law Gazette I No. 160/2013</p>																			
	<p><b>b)</b> General financial market stability</p>	<p><b>Measure 2</b> CRD IV package  <b>Measure 1</b></p>	<p>Stabilising financial markets</p>	<p>Prudential rules for banks</p>	<p>Implementation of the CRD IV package Federal Law Gazette I No. 184/2013</p>																			

Annex 1: Table 2: Reporting table on national Europe 2020 targets

Table 2: Description of the measures taken and information on their qualitative impact	List of measures and their state of play that were implemented in response to the commitment	The estimated impacts of the measures (qualitative and/or quantitative) <sup>1</sup>
<p>National 2020 employment target [77-78%]</p>	<p style="text-align: center;"><b>National 2020 headline targets</b></p> <p><b>For older workers</b> (for more details see table 1, CSR 2)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>“fit2work” programme</b>, nation-wide roll-out completed in 2013, on-going evaluation and further development;</li> <li>pilot project to overcome supply gaps in psychological and psychotherapeutic treatment (launched in spring 2014)</li> <li>• <b>Skilled Labour Package 2013</b> (entered into force on 1<sup>st</sup> July 2013                             <ul style="list-style-type: none"> <li>➢ Skilled Labour Grant (2014: Evaluation; 16 shortage occupations according Skilled Labour Regulation)</li> <li>➢ Part-time-leave grant (Evaluation of the effects and usage of mid-2014)</li> <li>➢ Educational grant (reformed)</li> </ul> </li> <li>• <b>PES-programme “Come back plus”</b> (“Reife Leistung”) as from 1<sup>st</sup> May 2013 (Target group: unemployed and health impaired persons 50+ years; planned participants 2014: 5000 <b>PES-programme “Aufstieg”</b>; Target group: unskilled and semi-skilled workers with health impairments; support offers for unemployed and employees;</li> <li>• <b>Pilot projects in the field of labour market policy for persons with health impairments</b>, targeted projects with step by step re-integration; background: reform of the disability pension “IP NEW”, evaluation of the pilot projects in 2014</li> </ul> <p><b>For women</b> (for more details see table 1, CSR 3) Special programmes (examples):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>“Women in crafts and engineering”</b> (“FIT”) – on-</li> </ul>	<p>Increase of employment rate of older workers, rise in effective retirement age.</p> <p>Increase of participation rate and full-time employment, reduction of gender pay gap.</p>

<sup>1</sup> Cross reference with column 9 of Table 1

	<p>going;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>“Return to a working life with a future”</b> – is expected to be expanded;</li> <li>• <b>“Systematic skills”</b> (“Kompetenz mit System”) national-wide roll-out in 2012 and is constantly extended by new apprenticeship trades – on-going</li> <li>• <b>Vocational centres for women</b>, meanwhile national-wide roll-out – on-going</li> <li>• implementation of the <b>National Action Plan for Gender Equality in the Labour Market</b></li> <li>• obligation imposed on companies to draw up staff <b>income reports</b>. 2013 obligatory for companies with more than 250 employees; 2014 obligatory for companies with more than 150 employees”</li> <li>• further extension of <b>child care facilities</b></li> </ul> <p><b>For persons with a migration background</b> (for more details see table 1, CSR 2)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Project for recognition of foreign qualifications</b>, implementation as from 2013; since April 2013 contact points are fully operational; during the further development phase (January 2013 – December 2014);</li> <li>• <b>Demand-oriented higher qualifications and provision of German language courses</b> – increased provision of promotion by the PES for up-skilling;</li> <li>• <b>FIT, “Systematic skills”</b>(also for Migrants), <b>youth coaching, production schools and supra-company apprenticeships</b> (youth with a migrant background benefitted over-proportionally), on-going;</li> <li>• <b>Intensification of cooperation with external consulting and assistance services</b> for migrants with individual difficulties (e.g. job search, family, etc.)</li> <li>• <b>Project “Mentoring for Migrants”</b>, on-going;</li> </ul>	<p>Improved labour market situation of migrants.</p>
--	--	--

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>PES Diversity Management</b>, on-going</li> <li>• <b>Interpretation services</b>, basic information in the migrant's first language, multi-language folders, etc., on-going</li> <li>• <b>Study on discrimination of migrants on the labour market</b> (completed with End of 2013)</li> </ul>	
<p>National 2020 R&amp;D target [3.76 %]                  Following the objectives of the Austrian RTDI strategy, Austria continues to aim at the overall target of an R&amp;D intensity of 3,76% of GDP until 2020, of which at least two thirds shall come from the private sector. In 2013 Austria had an R&amp;D intensity of 2.84%. The efforts to reach this goal have to be considered within the context of the general economic situation and the need for fiscal consolidation. Emphasis shall therefore be laid on measures with a strong leverage effect on R&amp;D investments by the private sector</p>	<p>RTI Strategy: In March 2011 the Austrian Federal Government adopted the RTI Strategy "Becoming an Innovation Leader: Realising Potentials, Increasing Dynamics, Creating the Future". In order to implement this strategy nine working groups were established, each aimed at addressing specific topics identified in the RTI Strategy. In 2013 several of these working groups issued interim/progress reports, in which they highlighted the most topical issues in their respective field and made recommendations for further steps to address these challenges.</p> <p>Major change in the governance of the RTI-System in Austria: On March 1, 2014 the Federal Ministry of Science and Research and the Federal Ministry of Economy were merged. Since then only two ministries are responsible for RTI-policy in Austria: the Federal Ministry of Science, Research and Economy and the Federal Ministry for Transport, Innovation and Technology.</p> <p>Strengthening Vienna Biocenter – Vision 2020 (2011 – 2015) and Campus Support Facility (CSF): Strengthening Research Infrastructure – Increase post gradual life science.</p> <p>Development of a Competence Centre for Disease Modelling within the IMBA – in the Austrian Academy of Sciences (ÖAW)</p> <p>Enhancement of the Institute of Science and Technology Austria (2007 – 2016): Fostering Basic Research - Increasing Excellence.                  NEW §15a Commitment established between Lower Austria and Federal Government till 2026</p>	
		<p>Enhancement and improvement of research infrastructure and its use - addressing big societal challenges and continuing the successful cluster policy in the area of life sciences in Austria</p> <p>Strengthen the already existing know-how of the institute and broaden the functional genome research in Austria- addressing big societal challenges and continuing the successful cluster policy in the area of life sciences</p> <p>Institutional augmentation and the enhancement of research excellence in the field of interdisciplinary research activities at the interface of computer sciences, neurology, as well as molecular biology and cell biology</p>

	<p><i>Expansion of the Young Science – Network- and Service Centre (2011 – 2014):</i> Network secondary and tertiary education</p> <p><i>Program Sparkling Science 2007 – 2017</i> Research program integrating pre-university students in state-of-the-art research</p>	<p><i>Young Science - Center</i> The Service Centre will continuously expand the successfully established network of schools and research institutions. Through intense information policy it will furthermore increase the accessibility of science for young people thus raising the number of pupils who engage in scientific careers.</p> <p><i>Program Sparkling Science</i> In 150 research projects 1.200 researchers will reach 45.000 pupils and pre-university students (6.500 with migration background and 1.000 with special needs) in Science, Technology-Development, ICT, Medicine, Humanities, and The Arts.</p>
	<p>National contact point (NCP) for IP matters and IPAG Intellectual Property Agreement Guide of the Austrian universities</p> <p>Strengthening academic transfer and recovery structures as laid down in the IP recommendation of the European Commission</p>	<p>Co-ordination of national knowledge transfer activities, and harmonisation with institutions of other member states as well as standardise intellectual property management</p>
	<p>Indirect research funding:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Increasing research premium from 8% to 10% for intrinsically company research and contract research.</li> <li>• Raising the ceiling for contract research from 100,000 € to 1,000,000 €.</li> <li>• Integration of the Austrian Research Promotion Agency as technical consultant for the tax office.</li> </ul>	<p>Increase the quality of corporate research and the amount of corporate expenditures on research and development.</p>
	<p>Direct research funding (examples): The <b>COMET</b> program promotes the development of centers of excellence, whose centerpiece is a business and science jointly defined research program at a high level.</p>	
	<p>Direct research funding (examples): The <b>Research Studios Austria</b> (RSA) program promotes the application and implementation of research results from basic research in advance of entrepreneurial research in Austria.</p>	
	<p>Direct research funding (examples):</p>	

	<p>Service innovation is an important competitive factor. Given the potential in domestic companies is the <b>Services Innovations</b> (DLI) the promotion of innovative service projects, also with non-technological character.</p> <p>Direct research funding (examples):</p> <p>With the Program <b>Research Capacity in Industry</b> the Federal Ministry of Economy, Family and Youth (BMWFJ) supports companies (primarily SMEs) in the systematic development and upgrading the skills of their existing research and innovation staff. A second focus is to promote the anchoring of business-relevant research areas at Austrian universities and colleges as well as the impetus for a higher sectorial mobility.</p>	
	<p>"Technology Push 2014": Investments in thematically focussed programs in the field of applied research are further increased in 2014. These investments are focussed on four technology areas: mobility, energy, production, and information and communication technologies.</p> <p>In addition to that the Austrian investments in space technologies have substantially been increased over the past ten years. In 2014 these investments sum up to 60 Mio. €, including the contribution to ESA and EUMETSAT as well as the national space programme ASAP.</p>	<p>Increasing the R&amp;D-intensity of the Austrian corporate sector; development of technologies for a modern, efficient and secure infrastructure to cope with the grand challenges; increasing the number of researchers especially of female researchers</p>
	<p>The new "Frontrunner Initiative" was launched in 2013 and focusses on companies with significant R&amp;D activities in a leading market position worldwide. Being utmost successful in a competitive international environment is associated with the special challenges and high development and market risks. The programme comprises the special grants of up to € 3 million within a soft loan financing package of up to € 7.5 million. It also comprises a special "investment bonus" for the investments in transferring the R&amp;D-results into the production lines and into the market.</p> <p>The national research-, development- and demonstration program "Austrian Electric Mobility Flagship Projects programme" also contributes to this ambitious target, by proving between 2009 and 2013 more than € 30 million. In 2013 the programme was supplemented by an</p>	<p>Strengthening Austrian high tech firms in top positions internationally.</p>
		<p>The main objective of the program is to integrate user-, infrastructure and vehicle-related components, systems and services into a comprehensive electric mobility system. The technologies to be developed must be able to</p>

	<p>implementation programme on urban electromobility "E-Mobility- Available for everyone: Urban Electric Mobility" The overall funding for these programs covered an amount of €10 million.</p>	<p>demonstrate their practical viability both in Austria and abroad, thereby strengthening the Austrian automotive supply industry and, in doing so, securing and creating jobs. The main difference to other programs lies in addressing the whole electric mobility system and not only supporting single technologies.</p> <p>In 2012/13 an external evaluation of the "Austrian Electric Mobility Flagship Projects" technology programme was commissioned. The results of the analysis are excellent, testifying that the programme has been highly effective and plays a key role in bringing electric mobility as a whole closer to the market. The ministry will therefore continue its successful "Austrian Electric Mobility Flagship Projects" programme for 2014.</p> <p>During 2013 the programme "E-Mobility- Available for everyone: Urban Electric Mobility" was launched, which builds on the concept and approach of the "Austrian Electric Mobility Flagship Projects". Its thematic focus is the demonstration and testing of user-friendly, systemic solutions for new e-mobility offerings in the fields of para-public transport and electric car sharing models, both in an urban context.</p>
<p>GHG emission reduction target [- 16 %]</p>	<p>Continuation of the Subsidies program for thermal renovation of buildings (residential and business) started in 2009;; program to start in March 2014. This program pushes at the same time investments, jobs and saving energy. Continuation until 2016 is intended. (Contributes also to energy efficiency target see below).</p> <p><b>Climate Policy Package</b> pursuant to the Austrian Climate Change Act ("KSG-Maßnahmenprogramm"). This package comprises a full set of measures in the following sectors:</p>	<p>-3,5 million t CO<sub>2</sub></p>
		<p>Approx. -1.7 million t CO<sub>2</sub></p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Agriculture</li> <li>• Buildings</li> <li>• Energy and Industry (Non-ETS)</li> <li>• Fluorinated Gases</li> <li>• Transport</li> <li>• Waste Management</li> </ul>	
	<p><b>Climate Protection Initiative klima:aktiv</b></p>	<p><b>Objective:</b> Extension, awareness-raising, training offers and quality assurance in the priority areas energy (saving), construction and renovation, renewable energy and mobility, one priority is at the local level (municipalities and regions).</p> <p>The annual business report presents the progress made in the research on and the establishment and launching on the market of climate friendly technologies and measures and informs which important priorities are just being implemented.</p> <p>In the year 2012 the years 2004 to 2012 has been evaluated by the Wuppertal Institute in Germany: The innovative character has been attested and klima:aktiv was complimented for its exemplary comprehensive approach and unique design.</p> <p>Apart from the proved extension, information and educational offers the "klima:aktiv pakt 2020" where large companies commit themselves voluntarily to the compliance with the Austrian climate and energy goals until 2020</p>

		<p>has been introduced as a new instrument. By the end of 2012 9 companies have joined the "klima:aktiv pakt 2020".</p> <p>The running time of klima:aktiv has been extended until 2020.</p>
	<p><b>Climate Protection Initiative klima:aktiv mobil</b> – start 2nd stage klima:aktiv mobil 2013-2020 to promote mobility management, alternative fuels and vehicles, e-mobility, eco-driving and cycling.</p>	<p>klima:aktiv mobil provides a national supportive framework to motivate and support companies, cities, municipalities and regions, leisure and tourism operators, schools and youth groups to develop and implement measures to reduce CO<sub>2</sub> emissions from transport related activities.</p> <p>klima:aktiv mobil offers five pillars of support: consulting, financial support, education &amp; certification, information &amp; motivation and awareness raising as well as awarding of partners committed to CO<sub>2</sub> reduction projects.</p> <p>klima:aktiv mobil contributes to EU and Austrian environmental objectives, particularly to the national "climate protection law".</p> <p><u>objective 2020:</u></p> <p>continuation k:a mobil: -0.5 million t CO<sub>2</sub> in 2020</p> <p>extension k:a mobil: -0.7 million t CO<sub>2</sub> in 2020</p>
	<p><b>Climate and Energy Fund (Klima- und Energiefonds KLIEN)</b></p>	<p>The tasks of the fund are the support of research and development in the field of sustainable energy technologies and climate research, the promotion of projects in the fields of public short distance and regional transport, environmentally-friendly freight transport, as well as mobility management projects, and the promotion of projects supporting the market penetration of climate-relevant and sustainable energy technologies.</p>

		<p>In the period 2007-2012 the climate and energy fund awarded research contracts and made subsidy commitments to the amount of almost € 725 million (approx. Mio. € 125 of which in the year 2012). The success of these measures is to be presented and published annually in the annual business report. The progress made in the research on and the establishment and launching on the market of climate friendly technologies and measures and informs, which important priorities are just being implemented.</p>
	<p><b>Federal Environment Fund (Umweltförderung im Inland)</b></p>	<p>The Federal Environment Fund supports GHG emission reduction measures (including renewable energy or energy efficiency) in the industrial sector with a total annual budget of more than EUR 90 million,</p> <p>In 2012 the leveraged climate-related investments in the private sector amounted approximately 600 Million EUR, and in corresponding CO<sub>2</sub>- emission reductions totalling at about 400,000 t annually or 6,8 million tons over the lifetime resp.</p>
	<p><b>Electromobility</b></p> <p>Implementation of the first set of measures in order to foster the introduction of e-mobility in Austria, as set-out in the national "Implementation plan for E-Mobility in and from Austria" adopted by the federal government in July 2012, such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Integration of electromobility options in the transport system,</li> <li>• Creating more attractive traffic framework conditions for low-emission vehicles</li> <li>• Continuation of Austrian Electric Mobility Flagship Projects" R&amp;D programme</li> <li>• Development of an intelligent incentive system</li> </ul>	<p>In the sense of a common road, the federal ministries BMLFUW, BMVIT, and BMWFW have worked out, at the request of the Federal Government, the present implementation plan for electromobility IN and FROM Austria, with measures to be initiated short-term on the basis of a broad consultation process. The activities, to be harmonised interactively, aim at establishing optimum conditions paving the way for electromobility in everyday performance quickly, on the one hand, and on the other, to use the opportunities entailed for Austria as best</p>

	<p>regarding new vehicle categories, charging infrastructure and use of renewable energy</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Correlation of implementation projects such as the consolidation and further development of the eight pilot regions for e-mobility and correlation with the technology demonstration and lighthouse projects</li> <li>• catalogue specifying the requirements for the charging infrastructure</li> <li>• expanding information packages and awareness raising campaigns on e-mobility in particular the provision of enhanced information, on e-vehicles available, e.g. by using existing structures such as the internet platform (<a href="http://www.autoverbrauch.at">www.autoverbrauch.at</a>)</li> <li>• environmental impacts and monitoring, compilation of data for assessing the environmental, climate and energy impacts from e-mobility and development of eco-balances that compare different alternative propulsion systems</li> <li>• Raising awareness within the framework of traffic education of children</li> </ul>	<p>as possible.</p> <p>So as to implement electromobility in the transport and energy systems in Austria, steps have to be consistently taken to launch and establish an intelligent incentives system on the market, raise awareness for new mobility solutions, and maximise positive impacts on the environment. Most of the 65 measures, which are defined in the implementation plan are already initiated and will be continued in the future.</p>
	<p><b>Masterplan Cycling</b> Ongoing implementation of the national cycling strategy (Masterplan Cycling)</p>	<p>Contribution to the EU 2020 target of greenhouse gas emission reduction in transport by increasing of every-day cycling. The national cycling goal is a modal share of 10% until 2015.</p>
	<p><b>CO2 emission target in the Austrian Fuel Act 2012</b> (Kraftstoffverordnung 2012)</p>	<p>According to the Austrian fuel act (Kraftstoffverordnung 2012) as the national transposition of the Fuel Quality Directive 2009/30/EC suppliers have to reduce life cycle greenhouse gas emissions per unit of energy from fuel and energy supplied 2020 by 6 %.</p>
<p>Renewable energy target [34 %]</p>	<p>Green Electricity Act 2012: Notification by the EC on 8 February 2012; in force since 1 July 2012</p>	<p>Increasing the amount of renewables in electricity production by 10,5 TWh till 2020, with quantitative targets for each technology. A new renewable energy law (Green Electricity Act) came into power in July 2012. The main changes were: a) the system how the money to support the</p>

		<p>technologies is raised and b) how much money is spent each year and how this is distributed over various technologies.</p> <p>The overall additional yearly support payments for Feed in Tariffs in the year 2013 were € 49 Mio. This money will be distributed over Wind, Hydro and Photovoltaics and will reduce itself over the following 10 years € 1 Mio. per year.</p> <p>The law set the following targets for additional electricity production from supported renewables for the year 2020 (compared to 2010):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hydropower: 1.000 MW</li> <li>• Windpower: 2.000 MW</li> <li>• Biomass and Biogas: 200 MW</li> <li>• Photovoltaics: 1.200 MW</li> </ul>
	<p>Biofuel target in Austrian Fuel Act 2012 (Kraftstoffverordnung 2012)</p>	<p>The use of biofuels counts towards the 10% renewable energy target in transport of the Renewable Energy Directive 2009/28/EC. According to the Austrian Fuel Act (Kraftstoffverordnung 2012) in the year 2020 8.45% of all diesel and petrol fuels have to be Substituted by using biofuels. Due to the different calculation base these 8.45% count towards the 10% target as about 7.3%.</p>
	<p><b>Federal Environment Fund (Umweltförderung im Inland)</b></p>	<p>The Federal Environment Fund supports renewable energy in the industrial sector with a total annual budget of more than EUR 37 million.</p> <p>In 2012 the leveraged renewable energy investments in the private sector amounted approximately 247 Million EUR, and in corresponding CO2- emission reductions totalling at about 300.000 t annually or 5,6 million tons over the lifetime resp.</p>
<p>National energy efficiency target [...]</p>	<p>A bundle of measures which can be divided into the categories industrial buildings, production and services as</p>	<p>According to the Energy Efficiency Directive (EED) Austria has set an indicative national</p>

	<p>well as trade and small-scale consumption, mobility, energy provision, security of energy supply and general measures have already started (for further details see also <i>Second National Energy Efficiency Action Plan of the Republic of Austria 2011</i> and the <i>Austrian Communication to the European Commission according to Art. 7 Energy Efficiency Directive, December 2013</i>).</p> <p>A new energy efficiency law to implement the Energy Efficiency Directive is under creation. A draft was submitted already in 2013 but could not pass. In 2014 a new draft will be submitted.</p> <p>For public buildings a cumulated energy savings target of 48,145 GWh should be reached till 2020. This is in line with the provisions of the Energy Efficiency Directive.</p> <p>Continuation of the Subsidies program for thermal renovation of buildings (residential and business) started in 2009; € 100 million funding for the year 2014; program to start in March 2014. This program pushes at the same time investments, jobs and saving energy. Continuation until 2016 is intended.</p> <p>(Contributes also to GHG emission reduction target target; see above).</p>	<p>energy efficiency target by April 2013. The Austrian final energy consumption must not exceed 1.100 PJ and the gross domestic energy consumption must not exceed 1.320 PJ in 2020.</p>
		<p>-3,5 million t CO<sub>2</sub></p>
<p>Flagship Initiative Digital Agenda</p>	<p><u>Digital Agenda of the EU:</u>  <u>Status of Implementation:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Increasing the levels of supply and reducing the "digital divide" by encouraging broadband expansion (esp. NGA) in rural areas</li> <li>- investment promotion program "Broadband Austria Twenty Thirteen" (fund approximately EUR 30 million within the Austrian program for rural development policy 2007-2013):</li> </ul> <p>2012: calls in all Bundesländer completed, a lot of projects operative</p>	

	<p>2013: further calls with still free financial resources will follow implementation until mid of April 2015; payment of 40% of the funds</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Increasing the use of the Internet by promoting intelligent Internet applications</li> <li>- Application development program "austrian electronic network - AT: net" (funds in 2012 and 2013: about 3 million Euros per year)</li> </ul> <p>2012 and 2013: two calls per year launched by FFG</p>	
	<p><b>Broadband Strategy 2020:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Alignment of the Austrian measures to the 2020-target = 100 Mbit / s for all (e.g. through improved coordination of planning and implementation of development projects):</li> </ul> <p>2012: Draft and publication of the strategy</p> <p>2013: Launch of the broadband bureau (Breitbandbüro) as an information agency of the federal government for businesses, public administration and citizens.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Pooling of BMVIT-initiatives by participating in the Competence Center Internet Society (Kompetenzzentrum Internetgesellschaft- KIG), milestones:</li> </ul> <p>2012: the Council of Ministers adopted the second catalogue of priorities, ICT strategy drafted</p> <p>2013: Projects from priority catalogues I and II finalized, ICT strategy aligned to priorities.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Design of appropriate broadband incentives 2014ff using the EU funds:</li> </ul> <p>2012: Participation in preparation of CEF implementation, participation in STRAT.AT (partnership agreement relating to ESF, ERDF, EAFRD and EFF)</p> <p>2013: interim or final evaluation of the programs.</p>	

	<p>development of concrete measures</p>	
<p>Flagship Initiative Resource Efficiency</p>	<p><b>National Resource Efficiency Action Plan (REAP):</b>                  Implementation of measures in order to foster the REAP goals were set and have started.                  The implementation of REAP is assessed by the periodical monitoring (quantitative and qualitative indicators).                  For the year 2014 a progress report is planned.</p>	<p>REAP defines medium- and long-term national goals to increase the efficiency in the utilisation of national resources. By doing so, it identifies important fields of actions and proposes instruments and measures for a concrete increase in the resource-efficiency in Austria. (Fields: Resource-efficient production, public procurement, circular-flow economy and awareness-raising).                  The long-term goal is an absolute decoupling of economic development and resource consumption and the environmental effects going hand in hand with it.                  REAP is oriented until the year 2050 according to an increase in resource-efficiency (resource productivity) by a factor 4 to 10.                  For this purpose it is required to raise the resource-efficiency in Austria on medium term, thus until the year 2020, by at least 50 % compared to the year 2008.</p>
	<p><b>Action Plan Sustainable Public Procurement</b></p> <p>The Action Plan on Sustainable Public Procurement, which was adopted by the Council of Ministers in 2010, pursues the long-term goal that the public sector buys more and more sustainable products and services. Given the major purchasing power of the public sector, the Action Plan contributes to the development of a green and sustainable economy. It addresses all public authorities in Austria and is compulsory for the federal level. The Public Procurement Agency is consequently implementing the requirements of the Action Plan. Currently, there are criteria sets for 15 product groups available which are revised on a regular</p>	<p>In 2013 the actionplan was evaluated to get data how the implementation works on a regular basis and which steps should be taken for further improvements. Quantitative and qualitative analysis will contribute to the progress report, which will be finalised by 1 Q/2014.</p>